

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 18b.
Telephonruf Nr. 8892.

Inserate
für die sechsgespaltene Solonelle oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Amerikanische Verhältnisse.

Selten liest man heute ein handelspolitisches Werk, in dem nicht auf die „amerikanische Gefahr“ eingegangen ist. Mögen die Industriellen, die Ingenieure und Techniker einen Kongreß, eine Versammlung abhalten, in der einen oder anderen Form kommt die amerikanische Konkurrenz zur Debatte. Großbritanniens Wettbewerb tritt dahinter relativ zurück, obgleich er doch so viel näher liegt. Es weiß eben jeder Beobachter der weltindustriellen Situation, daß „dort drüben“ ein Wetter braut, verberendrohend für das alte Europa. Wenn auch die Stimmen noch überwiegen, die wegwerfend oder tröstend auf den breiten Wasserwall hinweisen, der uns von dem transatlantischen Emporium trennt, ernsthaft wird wohl kein Volkswirtschaftler oder Industrieller glauben, es könnte den Amerikanern nicht gelingen, auch diese Konkurrenzschranke zu übersteigen. Wenn von Deutschland im Jahre 1902 schon 49506 Tonnen Roheisen (1901: 5939) nach Nordamerika verschifft wurden, wer in der Welt wollte die Yankee daran hindern, das Geschäft zu machen? Was Deutschland vermag, bringt das mit unendlich reicheren Naturschätzen versehene Nordamerika noch viel eher fertig. Darum blicken ja auch die deutschen Industriellen mit gespannter Sorge über den Ozean, studieren die Berichte über den amerikanischen Industriemarkt, erschrecken, wenn sie von einem Nachlassen der dortigen Hochkonjunktur lesen. Es diente sehr zur Entlastung unseres Marktes, daß wir im Jahre 1902 über 312000 Tonnen Eisen und Eisenwaren nach Amerika werfen konnten; ohne diese Ausfuhr wäre die Krise bei uns noch schlimmer geworden, weil die Preispolitik der Unternehmerpartelle den Eigenbedarf hatte größer erscheinen lassen wie er tatsächlich war. Nun hätte erst einmal im Jahre 1900 auch in Amerika die Krise anhaltend einsetzen sollen! Dann mußte von dort auch exportiert werden und was darin geleistet werden kann, mögen einige authentische Angaben erklären.

Die Grundlage der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie ist die Roheisenproduktion. Der Roheisenpreis bestimmt die Preise der Fertigfabrikate. Daher das Bestreben, die Herstellungskosten für Roheisen herabzudrücken. Hier kommt wieder in Betracht, daß die Kosten für Erze, Koks und Kohlen 70 bis 80 Prozent des Gestehungspreises in der Roheisenindustrie ausmachen, während zum Beispiel im Bergbau umgekehrt die Arbeitslöhne 40 bis 60 Prozent der Selbstkosten in Anspruch nehmen. Es leuchtet ein, welche entscheidende Rolle die Rohstoffpreise in der Eisen- und Stahlindustrie spielen.

In dieser Hinsicht ist nun Amerika uns bedeutend überlegen. Wenn auch Mr. Luttj in der Iron and Coal Trades Review über die „zukünftigen amerikanischen Eisenkosten“ eine Rechnung aufstellt, die die Selbstkosten für eine Tonne Hämmit-Bessemer wie folgt berechnet:

Vereinigte Staaten	Großbritannien	Deutschland
1897 37,38 Mk.	49,90 Mk.	52,42 Mk.
1902 64,54 „	53,18 „	58,31 „

so haben wir es hier augenscheinlich mit einem durch die systematischen Preistreiberien der indyzierten Yankee geschaffenen künstlichen Zustand zu tun, der in den natürlichen Verhältnissen des Landes keinen Rückhalt findet. Nach einer Statistik in Stahl und Eisen haben die durchschnittlichen Handelspreise betragen für:

Sate Superior Eisenerz	Connellsville Koks	Bessemer-Roheisen Pittsburg
1895 3,12 1/2 Dollar	1 bis 1,75 Dollar	9,95 bis 15,45 Dollar
1897 2,79 „	1,80 = 1,75 „	9,25 = 10,56 „
1900 5,14 „	1,95 = 4,00 „	13,06 = 24,90 „
1902 3,80 „	2,25 = 4,00 „	16,75 = 21,75 „

Luttj berechnet die Preissteigerung von 1897 bis 1902 für Koks auf über 300 Prozent (6,05 auf 20,92 Mk. Koks-kosten pro Tonne Roheisen). Nach Stahl und Eisen ist der Handelspreis nicht einmal um 230 Prozent gestiegen. Dazu ist zu beachten, daß die Hochofentechnik mit Erfolg an einer stetigen relativen Verminderung der zur Eisenherstellung benötigten Brennstoffmasse arbeitet. Der gewaltige Preisaufschlag von 14 Mk. Koks-kosten pro Tonne Eisen ist also unwahrscheinlich, es sei denn, daß ganz absonderliche Verhältnisse zur Geltung kamen. Wichtig ist allerdings, daß auch in Amerika die Rohstofflieferanten unverjähmte Preis-schraubungen vornehmen. Aber mit solchen künstlich herbeigeführten Zuständen haben wir es bei einer natürlichen Selbstkostenrechnung nicht zu tun. Die natürlichen Produktionsbedingungen bilden die Stärke der amerikanischen Konkurrenz.

Während in Deutschland der Kohlengräber jährlich 280 bis 310 Schichten verfährt und darauf 220 bis 300 Tonnen fördert, arbeitet der amerikanische Hartkohlen-gräber nur 196 Tage (1901) und liefert 420 Tonnen, der Weichkohlengräber verfährt 225 Schichten und erzielt 802 Tonnen Jahresleistung!

Die Durchschnittspreise pro Tonne stellten sich:

Jahr	Vereinigte Staaten von Nordamerika	Ruhrkohlen
1886	4,90 Mk.	4,70 bis 7,88 Mk.
1895	3,98 „	6,00 = 12,00 „
1901	4,81 „	8,50 = 19,50 „

Kommentar überflüssig. Die Ruhrkohle kann nicht entfernt so billig gefördert werden wie die amerikanische. Diese hat durchschnittlich 2,50 Mk. Selbstkosten, jene zwischen 3,50 bis 6 Mk., ungefähr geschätzt, da keine Gesamtzahlen vorliegen. Natürlich kann die Ruhrkohle billiger verkauft werden, ohne daß die Syndikatsherren verhungern.

Noch ungünstiger stellt sich der Preisunterschied in Koks, der ja hauptsächlich im Eisenhüttenwesen verbraucht wird, also die Eisenkosten nächst dem Erze am meisten belastet. Auch hier soll ein Vergleich veranschaulichen. Es kostete durchschnittlich die Tonne:

Jahr	Koks in den Vereinigten Staaten	Hochofenkoks im Ruhrgebiet
1896	8,48 Mk.	12,02 Mk.
1901	9,42 „	22,00 „

Das rheinisch-westfälische Koks-syndikat hat 1901/02 den Hochofenkokspreis auf 17 Mk. herabgesetzt und macht damit immer noch gute Geschäfte. Ein Beispiel, wie unsere Unternehmerpartelle wirtschaften zur Lahmlegung unserer Konkurrenzfähigkeit. Vom Connellsville-Koks-district (südliches Pennsylvania) werden über zwei Drittel der ganzen amerikanischen Koksproduktion geliefert; der Koks ist besser wie der unserige, die Connellsvillekohle gibt ein Ausbringen von 66 bis 70 Prozent Koks. Das sind Vorteile wie sie in Deutschland nicht existieren. Neuerdings soll der Koks bedeutend teurer geworden sein, weil die betreffenden Kohlen in zirka 30 Jahren schon abgebaut seien; aber dann gibt es andere Lager genug.

Nun zum Hauptposten, dem Eisenerz. Damit ist Nordamerika überreich gesegnet. Seine Eisenerzförderung beträgt zur Zeit etwa 35 Millionen Tonnen, von denen drei Viertel allein im nördlichen Seengebiet gegraben werden. Am Lake Superior besitzt die United States Steel Corporation über 60 Prozent der ganzen Förderung. Nach einem Vortrag des Herrn Ingenieur Macco-Siegen waren im Seengebiet folgende Produktionsverhältnisse: Im unterirdischen Betrieb betrug im Jahre 1901 die Tagesleistung eines Arbeiters 4,77 Tonnen; im Tagesbau, wo mit großen Baggermaschinen gegraben wird, sogar 21,88 Tonnen pro Arbeiter! Die Lohnkosten pro Tonne stellten sich im unterirdischen Betrieb auf 2 bis 2,20 Mk., im Tagesbau nur auf 0,42 bis 0,45 Mk.! Das sind Ergebnisse, wie sie in Deutschland — aber hören wir! Im Jahre 1901 entfiel auf einen Eisenerzbergmann in Siegen-Rassau (bedeutendstes preussisches Erzrevier) eine durchschnittliche Tagesleistung von 0,60 Tonnen; rechnet man sie um auf den Lohn, so ergeben sich etwa 4,50 Mk. Lohnkosten pro Tonne! In diesem Revier liegen die Bedingungen noch sehr günstig. Allerdings stellen sich im lothringisch-luxemburgischen Minette die Produktionskosten um die Hälfte niedriger, aber an Amerika reicht es doch nicht entfernt heran; sodann kommt Minetteerz nur wenig in den Handel, weil die Gruben sich (wohl mit wenig Ausnahmen) im Hüftenbesitz befinden. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß der amerikanische Eisenstein einen Eisengehalt von 50 bis 60 Prozent enthält (Grube Vermilion Lung im Mesabiler hat 65,60 Prozent, Soudan 64,80 Prozent, Beresford Lung [Marquettelager] 64,24 Prozent u. s. w.). Dagegen die Siegen-Rassauer Erze 33 bis 52 Prozent, lothringische Minette 33 bis 40 Prozent. Welchen Einfluß dies auf die Selbstkosten hat, ist ohne weiteres klar.

So sehen wir Nordamerika in Besitz unerreicht vorzüglicher Produktionsbedingungen: es kann seine Preise bedeutend niedriger stellen wie wir, wenn seine Export-tätigkeit forciert werden muß infolge Sättigung des Eigenmarktes. Wenn deutsches Eisen nach der Union ausgeführt werden konnte, allerdings mit sehr geringem Nutzen, möglicherweise auch mit Schaden (der aber durch Hochhaltung der Preise auf dem entlasteten Inlandsmarkt wettgemacht wurde), dann kann Amerika erst recht Europa mit seinem rohen und verarbeiteten Eisen und Stahl heimjuchen. „Schutzoll“ hilft da nichts, denn dieses Mittel kann der Gegner noch besser ausnutzen. Es helfen nur: Beseitigung der veralteten Betriebsmethoden, Anwendung vollendetster Technik, Verwerfung der reaktionären sozialen Anschauungen bezüglich der Arbeiterlöhne, Schichtdauer etc. Nach Luttj betragen die Arbeiterlöhne pro Tonne Eisen in

Jahr	Amerika	Großbritannien	Deutschland
1897	2,52 Mk.	2,77 Mk.	3,08 Mk.
1902	4,19 „	2,78 „	3,06 „

So schafft sich der Yankee einen aufnahmefähigen Inlandsmarkt! Bei uns wurfelt man noch immer täglich zwölfstündig in den Eisen- und Stahlwerken, in Amerika

haben die modernsten Werke die achtstündige Arbeitszeit, oft nur siebenstündig, die aber intensiv ausgenutzt werden kann. Die Erzbergleute verdienen drüben 8 bis 10 Mk. pro Schicht, in Deutschland 2 bis 3 Mk.; wie dennoch die Lohnselbstkosten drüben auch im Verhältnis viel niedriger sind, haben wir gesehen. Man muß bei uns die Persönlich-keit des Arbeiters sich ausmachen lassen, die individuelle Entwicklung nicht durch uniforme „Werksdisziplin“ scharf-macherisch ertöten, dann werden wir konkurrenzfähig.

Aber auch darauf muß hingewiesen werden, wie der „Vater Staat“ im falsch verstandenen fiskalischen Interesse die Volkswirtschaft schädigt. Unsere Eisenbahntarif-politik ist allzusehr rückständig. In Amerika machen die Frachtkosten für Eisen pro Tonnenkilometer 1,23 Mk. (570 Kilometer) bis 1,46 Mk. (1678 Kilometer) aus, in Deutschland nach dem Tarif von Janu 1903 aber für dieselben Strecken 2,41 bis 2,27 Mk. Der Unterschied beträgt pro 10 Tonnen schon 8 bis 10 Mk.! Eine zeitgemäße Tarifreform ist notwendig, diese liegt auch im Interesse der Arbeiter. Ebenso müssen bei uns die billigen Wasser-wege (Kanäle) endlich trotz des junkerlich-ultramontanen Widerstandes geschaffen werden. Das ist unjünglicher, weil in Deutschland (im Gegensatz zu Amerika und Eng-land) die hauptsächlichsten Fundstätten von Kohle und Erze weit auseinanderliegen, was enorme Frachtkosten nach sich zieht. Nicht für mehr Soldaten, sondern für bessere, billigere Bekehrtswege müssen die Steuergroschen auf-gewendet werden, das ist Heimatpolitik, die jeder wahre Vaterlandsfreund gern unterstützen wird. D. G.

Der Zeißsche Musterbetrieb in Jena.

Wenn das Wort „Musterbetrieb“, mit dem schon oft arger Mißbrauch getrieben worden ist, in seinem vollen Sinne zutreffend auf einen Betrieb angewendet werden kann, so ist es der Zeißwerk in Jena. Seitdem es den Acht-stundentag eingeführt hat, ist es auch in den weitesten Arbeiterkreisen bekannt geworden; es genießt aber einen vor-trefflichen Weltruf, den es sich durch seine vorzüglichen Instrumente und Apparate erworben und der durch die ge-schaffenen sozialen Institutionen noch bedeutend erhöht wurde. Bei dem großen Interesse, das allgemein an dem Zeißwerk genommen wird, ist es freudig zu begrüßen, daß eine soeben darüber erschienene Schrift* mit der Gründung, Entwicklung und allen seinen Verhältnissen uns näher bekannt macht.

Der Grundstein zu dem heutigen Zeißwerk wurde im Jahre 1846 gelegt, in dem Karl Zeiß eine kleine mechanische Werkstätte in Jena errichtete. Der Gründer Karl Zeiß wurde am 16. September 1816 zu Weimar geboren als Sohn des In-habers eines Spielwarengeschäftes (zeitweilig Lehrer des Großherzogs Karl Friedrich in der Drechslerkunst), besuchte das Gymnasium bis zur Prima und lernte dann in mechanischen und Maschinenwerkstätten in Weimar, Stuttgart und Wien. Im Jahre 1881 ernannte ihn die Universität Jena in An-erkennung seiner (indirekten) Verdienste um die Wissenschaft zum Ehrendoktor der Philosophie, ein Akt, der beide Teile, die Universität und Zeiß, ehrt. Zeiß starb am 3. Dezember 1888.

Im Anfang hatte Zeiß Mikroskope hergestellt, die nicht besser und nicht schlechter waren als die, die aus altbewährten optischen Werkstätten hervorgingen, und dabei ging die Sache überraschend gut. Als er sich aber weitere Ziele setzte, offenbarte sich ihm die Unzulänglichkeit seiner Mittel und er stand am Scheideweg: entweder in den Hafen der normalen Mittelmäßigkeit einzulassen oder auf Hilfe zu sinnen, durch die er dem Sturme der modernen Ansprüche die Stirn zu bieten im Stande wäre. Er wählte den letzteren Weg, zu dessen weiterer Verfolgung aber ein zweiter tüchtiger Mann, ein Kundiger, gehörte, den er in Ernst Abbe fand. Abbe, der heute noch lebende, berühmte Leiter des Zeißwerkes, ist am 23. Januar 1840 als der Sohn eines Spinnmeisters der Eichelschen Fabrik in Eisenach geboren, besuchte die Uni-versität Jena und Göttingen, wurde an letzterer geprüft und auf Grund einer Abhandlung über das mechanische Wärmeäquivalent promoviert, war dann kurze Zeit als Dozent in Frankfurt a. M. tätig und habilitierte sich 1863 in Jena auf Grund einer Schrift über Fehlerberechnung für die Fächer der Mathematik, Physik und Astronomie. 1866 trat er mit Zeiß in Verbindung, 1870 wurde er außerordentlicher Professor. Als im Jahre 1874 in Jena ein physik-alisches Institut begründet werden sollte, wurde ihm die ordentliche Professur für Physik angeboten, die er aber ab-lehnte. Abbe ist Ehrendoktor der medizinischen Fakultät

* Das Zeißwerk und die Karl Zeiß-Stiftung in Jena. Ihre wissenschaftliche, technische und soziale Entwicklung und Bedeutung für weitere Kreise dargestellt von Felix Auerbach. Mit 76 Abbildungen im Text. Jena 1903. Verlag von Gustav Fischer. 124 Seiten. Preis 3 Mk.

von Halle und der juristischen Fakultät von Jena sowie Mitglied zahlreicher gelehrter Gesellschaften.

Was Zeiß wollte und warum er Abbe für seine Sache interessierte, das war die Erhebung der Herstellung von optischen Instrumenten aus der bloßen Handwerksmäßigkeit zu wissenschaftlicher Höhe, Exaktheit und Klarheit.

Erwähnenswert ist hier noch die erlangte Erkenntnis, daß auch das Material, das Glas, den neuen gesteigerten Anforderungen nicht mehr entsprach.

Heute besteht das Zeißwerk, in dem von 1868 bis 1902 24 in der Schrift näher bezeichnete Erfindungen und Neukonstruktionen zur praktischen Einführung gelangten, aus folgenden Abteilungen: 1. die mikroscopische, 2. die Abteilung für Projektion und Mikrophotographie, 3. die photographische Abteilung, 4. die astronomische Abteilung, 5. die Erdferntrohrabteilung und 6. die Reparatursabteilung.

1300 bis 1400 tätig sind, so erzieht man schon hieraus, wie reichlich der Platz für jede Arbeitsstätte bemessen ist und wie angenehm schon in dieser äußerlichen Hinsicht sich für jeden im Geschäft Tätigen sein Dienst gestaltet, wobei man gleichzeitig noch die Höhe der Räume, ihre unter Mitwirkung des Hygienikers der Universität sorglich eingerichtete Heizung, Lüftung u. s. w. in Betracht ziehen muß.

Eingehend dargestellt, und zwar auch bildlich, werden sodann das eigene Elektrizitätswerk, das prächtige Verwaltungsgebäude, die Former- und Metallgießerabteilung, die Mechanikerwerkstätten, die Glashütte und eine ganze Reihe von Arbeitsprozessen in dieser.

Die vorstehende Übersicht wäre unvollständig, wenn schließlich nicht auch noch die auswärtigen Zweigniederlassungen in Berlin und Wien, Frankfurt und Hamburg, London und St. Petersburg erwähnt würden, in denen die Erzeugnisse der Werkstätte zu haben und durch die sie zu beziehen sind, und wo auch kleinere Reparaturen durch in Jena geschultes Personal ausgeführt werden.

Die Rede eines russischen Arbeiters vor Gericht.

Von dem Geiste, der im russischen Proletariat lebt, gibt eine Rede Zeugnis, die der Genosse Denissow vor dem Gericht in Saratow hielt, vor dem er am 21. Mai dieses Jahres mit dem Genossen Seliwertow zusammen als Angeklagter stand.

Genosse Denissow verteidigte sich in der Verhandlung nach der Jätra mit folgender Rede:

Meine Herren Richter! Der Herr Staatsanwalt hat in seiner Anklage behauptet, daß die Demonstration vom 5. Mai eine Folge der Petersburger Ereignisse, das heißt der Hinrichtung Balmaschew, war.

So lebten die Arbeiter in der guten, alten Zeit — und jetzt leben sie nicht besser. Es ist derselbe Druck, dieselbe Armut; und obgleich man sie nicht mehr mit Ruten zu Tode martert, so ist es darum noch nicht leichter.

Ich habe die Kinder dieser Armen gesehen, abgemagert, in elende Lumpen gekleidet, suchen sie dahin in den dumpfen Wohnungen, im erstickenden Qualme der Fabriken.

Ja, das ist das Los der Arbeiter, ihr Leben ist in dunkle Wolken gehüllt. Die Erkenntnis dieser traurigen Dinge konnte nicht spurlos an mir vorbeigehen, sie hat meine Weltanschauung gebildet, sie hat mich in feindliche Beziehungen zur herrschenden Ordnung gebracht.

hielt ich für notwendig, teilzunehmen. In der Nacht auf den 5. Mai verbreitete ich Aufrufe, die alle Arbeiter und alle jene, denen die Interessen des Proletariats nahe gehen, aufforderten, durch ihr Erscheinen bei der Demonstration gegen den gegenwärtigen Stand der Dinge zu protestieren.

Die Demonstration vom 5. Mai war gleichzeitig die Märsch der Arbeiter, und die Behauptung des Herrn Staatsanwaltes, es sei die Hinrichtung Balmaschew die Ursache der Demonstration gewesen, ist unrichtig.

Der Achtstundentag ist für uns Arbeiter unbedingt notwendig, damit wir Menschen werden, damit uns nach der Arbeit noch Zeit bleibt zur Selbstbildung und zur Erziehung der Kinder.

Die andere Forderung lautete: „Arbeit für die Arbeitslosen!“ War die erste Forderung berechtigt, so ist es die zweite umso mehr. Die Menschen, die durch ihre Arbeit die herrschenden Klassen ernähren, die alle Wohlthaten der Kultur schufen und schaffen, haben ein größeres Anrecht auf die Nutznießung dieser Wohlthaten als jene, die erntelos sitzen.

Werden Sie, meine Herren Richter, wirklich Leute, die Arbeit fordern, Verbrecher nennen? Werden diese Leute wirklich zum Hungertod verurteilt? Das wäre nicht nur ungerecht, es wäre grausam, unmenschlich.

Die Forderung politischer Freiheit mit dem Zusatz „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ ist nicht bloß eine Forderung der Arbeiter. Politische Freiheit brauchen auch der Mittelstand und die freien Professionen, ohne von den Millionen Bauern zu reden.

Die Selbstherrschaft sucht die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, die Selbstherrschaft verteidigt mit allen Mitteln die großen Kapitalisten gegen die Arbeiter.

Wenn die Sozialdemokraten sozialistische Ideen verbreiten, so hoffen sie, daß das Eindringen dieser Ideen in die Volksmassen Reformen ermöglichen wird, deren Verwirklichung nicht nur der arbeitenden Klasse, sondern der ganzen Menschheit jebringend sein wird.

Ich habe auf jede Weise, wie immer ich konnte, an dem Befreiungskampf der Arbeiter teilgenommen, und ich halte meine Beteiligung daran ebenso für ein Recht, wie das Recht zu leben.

aufzufordern. Dieses Recht beruht auf dem Rechte von Millionen Menschen. Die jahrhundertlange Arbeit unserer Vorfahren, die Zukunft unserer Enkel geben uns das Recht, zu kämpfen. Es ist das Recht des hungernden Bauern, des gemarterten Arbeiters. Das Recht, zu kämpfen, ist das Recht des Menschen!

Das war die Verteidigungsrede des Mannes, den die Richter zur dauernden Anweisung in Sibirien verurteilt haben.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Unter diesem Titel veröffentlicht das Reichs-Arbeitsblatt die statistische Zusammenfassung der von den deutschen Gewerkschaftsverbänden gemachten Angaben über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung. In der Einleitung wird gesagt:

„Das Kaiserliche Statistische Amt legt nachstehend zum ersten Male eine Übersicht über die Arbeitslosigkeit in deutschen Arbeiterfachverbänden vor, welche fortan regelmäßig vierteljährlich im Reichs-Arbeitsblatt veröffentlicht werden und den bisherigen Methoden, die Schwankungen des Arbeitsmarktes zu messen, neu hinzutreten soll. Die der Übersicht zu Grunde liegende allgemeine Idee besteht darin, daß, wenn man die Mitgliederzahl eines Arbeiterfachverbandes und außerdem die Zahl der in einem gegebenen Zeitraum oder an einem bestimmten Termin arbeitslosen Mitglieder kennt, es möglich ist, aus den zeitlichen Veränderungen des Verhältnisses der absoluten Mitgliederzahl zu der Zahl der arbeitslosen Mitglieder einen Schluß auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in dem betreffenden Gewerbe zu ziehen. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn am 1. Januar ein Verband 1000 Mitglieder hat, von denen 100 arbeitslos waren, und am 1. April die Zahl der arbeitslosen Mitglieder auf 200 bei gleichbleibender Mitgliederzahl gestiegen ist, so wird, falls nicht diese Veränderungen sich anderweit erklären, hieraus ein Schluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in dem betreffenden Beruf gestattet sein.

Dieser Gedanke ist nicht neu. Er wird seit einer Reihe von Jahren in der englischen Labour Gazette praktisch zur Anwendung gebracht, wo das Verhältnis der absoluten Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften (Trade unions) zu der Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder zur graphischen (employment chart) und zahlenmäßigen Darstellung gelangt. Er ist aber auch in den belgischen und französischen arbeitsstatistischen Zeitschriften und auch an anderer Stelle wiederholt verwendet worden. Für Deutschland ist eine derartige Darstellung jedoch neu. Zwar sind solche Übersichten seitens der einzelnen Verbände für ihre Verbandszwecke gemacht worden, eine zusammenfassende Darstellung für das Reich war aber bisher nicht vorhanden.

Der Wert einer derartigen periodischen Übersicht liegt darin, daß, wie bereits kurz bemerkt, die zeitliche Veränderung des Prozentsatzes der arbeitslosen Mitglieder einen Schluß auf die Entwicklung im Gewerbe gestattet und damit eine Vervollständigung der übrigen Methoden zur Arbeitsmarktstatistik bildet. Soweit der Verband tatsächlich einen großen Teil der in dem Beruf vorhandenen Arbeiter umfaßt, wird die zeitliche Veränderung des genannten Verhältnisses einen unmittelbaren Schluß auf die Verschlechterung oder Verbesserung der Lage gestatten. Aber selbst wo das nicht der Fall, wo der in Verband vertretene Teil der Arbeiterschaft nur einen geringfügigen Bruchteil der Berufsangehörigen darstellt, wird diese Statistik wenigstens ergänzend als weiteres Kontrollmittel der anderen Methoden zur Beobachtung des Arbeitsmarktes von Bedeutung sein.

In dieser Erkenntnis wandte sich das Kaiserliche Statistische Amt im Frühjahr dieses Jahres an die in Deutschland bestehenden Fachverbände, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, mit dem Ersuchen, ihm die für eine derartige Statistik erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen zu wollen. Eine Beschränkung auf diese Verbände war erforderlich, da nur die Arbeitslosenunterstützung zahlenden Verbände die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder kennen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat bei diesem Ersuchen ein weitgehendes und dankbar anzuerkennendes Entgegenkommen aller beteiligten Stellen gefunden, die sämtlich das Material zu liefern sich bereit erklärt haben, und zwar unter Übernahme teilsweise nicht unbedeutender Portofohlen, welche den einzelnen Vereinigungen aus dieser Berichterstattung erwachsen.

Aber die Beteiligung der Verbände an dieser Statistik erfahren wir:

„Beteiligt haben sich bisher 42 Verbände beziehungsweise Gewerkschaften, und zwar 23 gewerkschaftliche Verbände, 17 Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften, ferner der Verband der katholischen Arbeitervereine und der Deutsche Photographengehilfenverband. Die Nachweisungen sind bereits bei der diesjährigen ersten Einlieferung von allen Verbänden pünktlich bis auf fünf eingegangen, von denen zwei erst am 1. Oktober dieses Jahres Angaben liefern konnten. Es fehlen diesmal die Verbände der Metallarbeiter, der Lederarbeiter, der Buchdruckerhilfsarbeiter, dessen Nachweis verspätet einging, der Gewerkschaft der deutschen Fabrik- und Handarbeiter und der Verband der katholischen Arbeitervereine. Außer diesen 42 Verbänden ist das Kaiserliche Statistische Amt noch wegen einer gleichen Übersicht mit den außerhalb der genannten Vereinigungen stehenden kaufmännischen Verbänden, welche Stellenlosenunterstützung zahlen, in Verbindung getreten. Diese Verbände schweben noch. Ferner haben ihre Beteiligung zugesagt der Deutsche Kgl. Photographenverband und der Verband der Maschinenisten und Heizer.“

Wie viele Neuerungen, so leidet auch diese beim ersten unternommenen Versuch an einigen Fehlern, die gänzlich zu beseitigen auch für die Zukunft schwer sein wird wegen der Verschiedenheit der Unterstützungsrichtungen für Arbeitslose in den einzelnen Verbänden. Doch werden jetzt schon Anleitungen gegeben, um gewisse Fehler für die Zukunft auszumergeln. Um das gewonnene Resultat aber auch nicht zu überschätzen, wird auf folgendes hingewiesen:

„Zunächst ist im Auge zu behalten, daß die Verbände nur zu Teil, vielfach nur einen immerhin sehr geringen Teil der Berufsangehörigen umfassen. Es ist daher der Schluß, daß diejenige wirtschaftliche Tendenz, welche bei diesem Teile der Berufsangehörigen zum Ausdruck kommt, auch für das Gewerbe überhaupt gilt, stets nur mit einer gewissen Vorsicht zu ziehen. Es ist möglich, daß die Verhältnisse außerhalb des Verbandes gegebenenfalls schlechter oder günstiger liegen. Das letztere wird vielfach der Fall sein, soweit es sich um ungelernete Arbeiter handelt, welche in dem betreffenden Gewerbe Arbeit finden. Inwiefern wird die Bewegung des Prozentverhältnisses der Mitgliederzahl zur Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Verbandes als eine verhältnismäßig gute Erkenntnisquelle für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zu betrachten sein.“

Das Gesamtergebnis gestaltet sich dann so: „Um es zusammenzufassen, so umfassen die Verbände der Metallarbeiter, der Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder, Gutmacher, Handschuhmacher und Bildhauer, sowie etwa noch der Porzellan- und Glasarbeiterverband einen bedeutenden Teil aller in dem Beruf als Arbeiter erwerbstätigen Personen, während bei allen übrigen Verbänden dieser Teil ein mehr oder minder geringer ist. Im ganzen umfaßt die vorliegende Übersicht 213962 Personen, gegen 5445759, welche im Jahre 1905 in den entsprechenden Berufen als Arbeiter erwerbstätig waren: das ist im ganzen etwa 3,9 Prozent. Da die Zahlen der Erwerbstätigen seit 1895 mit der steigenden Bevölkerung gestiegen sind, so ist der wirkliche Prozentsatz sowohl bei der Gesamtzahl wie für die einzelnen Verbände ein geringerer, als er bei der oben durchgeführten Vergleichung zum Ausdruck kommt. Diese Statistik hat darnach nur die Bedeutung einer Symptomstatistik.“

Das nun die Ergebnisse betrifft, so ist der Prozentsatz der Mitglieder, welcher am 30. Juni dieses Jahres, auf der Reihe und am Orte, arbeitslos war, 3,2 Prozent, nämlich 6758 von 213962 Mit-

gliedern. Er schwankte zwischen 0,1 Prozent im Verband der Stuhl- und Textilarbeiter und 13,9 Prozent im Zentralverein der Formensetzer. Daß die erste Zahl nicht der ganz richtige Ausdruck für die zur Zeit in der Textilindustrie überhaupt vorhandene Arbeitslosigkeit ist, kann wohl angenommen werden, immerhin ist die überaus geringe Arbeitslosigkeit im Verband sehr bemerkenswert. Gemessen sei noch auf den Verband der Bäcker und Berufsgenossen in Hamburg, welcher am 30. Juni dieses Jahres 8,3 Prozent arbeitslose Mitglieder hatte, auf den Verband der Konditoren mit 6,7 Prozent, den Verband der deutschen Buchdrucker mit 8,1 Prozent und den Zentralverein deutscher Bildhauer in Berlin mit 8,9 Prozent arbeitsloser Mitglieder.

Wesentlich höher sind die Verhältniszahlen, welche zur Anschauung bringen, wieviel Fälle der Arbeitslosigkeit auf je 100 Mitglieder im letzten Quartal entfielen. Alle Verbände zusammengefaßt, entfielen im 2. Quartal 1903 auf je 100 Mitglieder 8,6 Fälle der Arbeitslosigkeit. Die Zahlen schwanken im einzelnen zwischen 0,3 Prozent bei dem Gewerkschaftsverband der Lösser und Ziegler und 51,4 Prozent bei dem Zentralverein deutscher Bildhauer. Auf 100 Mitglieder entfielen hier also im Laufe des Quartals 51,4 Fälle der Arbeitslosigkeit. Wieviel Mitglieder dabei wiederholt arbeitslos waren, ist bei der bisherigen Art der Zahlenangabe leider nicht ersichtlich.

Hohe Zahlen finden sich auch bei dem Deutschen Mühlenarbeiterverband, bei dem Verband der Bäcker und Berufsgenossen, dem Verband der Konditoren, der Zigarrensortierer, der Schmiedebetriebe, bei den Kupferschmieden und den Buchbindern, sowie bei den Buchdruckern, Photographen und Graveuren. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß es sich um Fälle handelt — nicht um Personen — und um den Zeitraum eines Vierteljahres. Der Stichtag des 30. Juni, welcher gewissermaßen als Kontrolle dient, ergibt für die meisten Verbände wohl eine geringere Arbeitslosigkeit als befürchtet werden konnte. Bemerkenswert sind die hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit im verfloffenen Quartal für Arbeiterinnen bei den Porzellanarbeitern, den Buchbindern und Zigarrensortierern (43 Prozent), doch handelt es sich bei dem ungewöhnlich hohen Prozentsatz bei den Zigarrensortierern um geringe absolute Zahlen. Im übrigen war die Arbeitslosigkeit, mit Ausnahme noch der Schneiderei, für weibliche Arbeiter durchweg geringer.“

Auch die Summen für verausgabte Arbeitslosenunterstützung bieten kein zuverlässiges Bild. So rechnen zum Beispiel die Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) unter die Unterstützung auch gezahlte Beiträge, weil dort die Beitragspflicht während des Unterstützungsbezugs nicht ruht. Deshalb wird diesbezüglich bemerkt:

„Diese Fehlerquellen sind zu berücksichtigen, wenn man trotzdem die Summen der Unterstützungen an Orte im 2. Quartal 1903 in allen Verbänden zusammen mit 259753,77 M. und die Zahlen der Tage mit 174362 1/2; insgesamt zusammenzählen will. In der ersten Summe sind vorerst noch verrechnete Beiträge enthalten, welche in Zukunft besonders kenntlich gemacht werden sollen. Die männlichen Mitglieder sind an den Unterstützungen erheblich mehr beteiligt als die weiblichen, und zwar mit 253414,72 M. gegen 1389,05 M.“

Von einer Berechnung, wieviel Arbeitslosenunterstützung durchschnittlich auf den einzelnen Fall der Arbeitslosigkeit entfällt und wieviel Tage durchschnittlich jeder Fall der Arbeitslosigkeit dauerte, ist mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Ungleichheiten des Materials Abstand genommen.“

Die Gewerkschaftsbewegung im Reichsland.

Gegenüber der geradezu rapiden Entwicklung der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahrzehnt macht Elsaß-Lothringen, das Land der „wiedergewonnenen Brüder“, eine unruhigliche Ausnahme, trotzdem die Industrie hierzulande der numerisch zahlreichste und materiell wichtigste Gewerkschaftsstand ist. Überall, so weit der Blick reicht, kann man, speziell im Oberrhein und in Lothringen, die schwarzen Rauchwolken aus den hohen Fabriksschornsteinen und Schloten steigen sehen. Alles zeugt von einer starken, lebenskräftigen Industrie. Im Oberrhein ist es die Textil- und Metallindustrie, in Lothringen der Berg- und Hüttenbau sowie die Gusstahlindustrie, die vorwiegend in Betracht kommen. Man sollte glauben, in Elsaß mit einer derartig starken Arbeiterbevölkerung eine Hochburg für die Gewerkschaftsbewegung zu finden. Weit gefehlt. Trotz Aufwendung großer Geldsummen durch die Zentralverbände der Gewerkschaften ist es bis jetzt deren Agitation noch nicht gelungen, eine irgendwie nennenswerte Zahl von Mitgliedern in die Organisation zu bringen oder zu halten.

Welche Ursachen sprechen hier wohl mit? Die günstigsten Arbeitslöhne oder Arbeitsverhältnisse sind es sicherlich nicht.

Sehen wir zum Beispiel die Metallindustrie, so finden wir Löhne von 2,40 bis 2,60 M. pro Tag, die an Maschinenarbeiter, Hobler, Fräser etc. bezahlt werden, während ein Lohn von 3,80 bis 4 M. für gelernte Handwerker zur Seltenheit gehört. Das sind die Löhne, die in der Stadt bezahlt werden; in den abgelegenen Ortschaften und Gebirgsstädtchen ist der Lohn noch weit geringer. Ebenso schlecht ist die Bezahlung in der Textilindustrie. Die Arbeitszeit beträgt mit wenigen Ausnahmen noch 11 Stunden täglich. Trotz alledem scheint das Bedürfnis für die Organisation zu fehlen. Den Arbeitern war in den letzten Jahren schon Gelegenheit geboten, sich eines besseren belehren zu lassen, und die deutschen Arbeitsgenossen haben ihnen mehr als einmal gezeigt, auf welche Weise bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse erlangen werden, doch dies nur durch die Organisation möglich ist. In den Zeiten der Not begriffen die einheimischen Arbeiter dies auch; wenn sie infolge von Mißständen oder Lohnreduktionen gezwungen waren, in den Streit zu treten, waren die Gewerkschaftsverbände gut genug, sich ins Zeug zu legen und auch deren Unterstützung zu gewähren, die noch keinen Keller zur Organisation geübert hatten. Sobald jedoch der Streit zu Ende war, sind diese immer auch die ersten gewesen, die der Organisation den Rücken kehrten.

Ganz anders ist das Bild, wo es sich um Vergnügungsbetriebe handelt, die im Elsaß in einer Blüte stehen, wie kaum anderswo. Da sind 2 bis 3 M. Monatsbeitrag nicht zu viel für den Arbeiter. Was wird für solchen Beitrag geboten? Man sorgt noch dafür, daß die etwa übrig bleibenden Groschen bei den Vereinsfestlichkeiten noch gan zu klammern draufgehen. Wie kommt das?

Ein ganz besonderer Hemmschuß für die Gewerkschaftsbewegung in unserem Lande ist der naive Chauvinismus. Mancher deutsche Kollege, der gelegentlich das Elsaß besuchte, weiß davon ein Lied zu singen. Wie oft muß man hier die hilflose Phrase von Arbeitern hören: „Wir haben kein Geld, um es nach Deutschland zu schicken, damit diese dort davon leben können.“ Bedauerlicherweise ist die Zahl derer, die solche Ausreden gebrauchen, um der Organisation fernzubleiben, noch recht groß. Daß die Gegner jeder Arbeiterbewegung, voran die Geistlichen, sich dies zu nütze machen und diese chauvinistischen Vorurteile noch nähren, versteht sich am Rande.

Es ist nun einleuchtend, daß gegenüber solchen Empfindungen der Vorwärtlich der Gewerkschaften nicht in dem Tempo vor sich gehen konnte, wie es jenseits des Rheins der Fall war. Die ganze Bewegung war bisher nur ein Kampf um die Existenzfähigkeit der Gewerkschaften selbst. Erfolge sind fast keine zu verzeichnen. Nur die Organisation der Textilarbeiter war im Laufe der Jahre einige Male in der Lage, durch das geschlossene Vorgehen der Arbeiter mit Streiks in kleinerem Umfang Lohnreduktionen oder Mißstände im Betrieb entgegenzutreten. Aber auch hier war der Erfolg für die Organisation nach Beilegung der Differenzen kein solcher, wie man hätte erwarten müssen. Auch hier herrschte jahrelang auf der ganzen Linie dieselbe Verhargie, dieselbe Interesslosigkeit in der breiten Masse der Kollegen.

Erst seit etwa zwei bis drei Jahren scheint die Bewegung in ein neues Stadium getreten zu sein. Dies wurde hervorgerufen einerseits durch die anhaltende Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Lohnreduktionen, andererseits auch durch intensiver agitativer Arbeit der anständigen Kollegen. Dadurch wurden die Massen aufgerüttelt und die Gewerkschaften hatten ein stetiges Steigen der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Jetzt glaubten auch die christlichen Gewerkschaften, daß ihre Zeit gekommen wäre, und sie regten sich, um ihre Maulwurfsarbeit zu beginnen. In der ersten Zeit ihres Bestehens hatten die freien Gewerkschaften öfters das Vergnügen, die christlichen Führer als Diskussionsredner in den Versammlungen zu hören. Da jedoch die Resultate gewöhnlich zu ihren Ungunsten ausfielen, zogen sie es vor, im Trüben zu fischen. So haben die Christlichen, wie auch im übrigen Deutschland, sich als Elemente entpuppt, deren Daseinsberechtigung darin besteht, Streikbrecherdienste zu verrichten und bei jeder Gelegenheit einen Keil in die Einheit der Arbeiter zu treiben. Den Beweis dafür erbrachte der Textilarbeiterstreik in Colmar Anfangs dieses Jahres, wo die „Christlichen“, wie überall, ihre Arbeitskollegen schmächtig im Stiche ließen. Das eine gute für die freien Gewerkschaften mögen die „Christlichen“ haben, daß sie mit Hilfe der Geistlichen in die Landorte eindringen, wo es den freien Gewerkschaften noch nicht möglich ist, Fuß zu fassen, und hier die Vorarbeit der Agitation für die freien Gewerkschaften besorgen.

Die organisierten Arbeiter des Elsaßes werden diese neue Art für die Arbeiterbewegung nur ausnützen und nicht ruhen, bis auch hier das Unternehmertum mit der Macht der Organisation zu rechnen hat. Mag es auch noch so lange dauern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Für den aus dem Königreich Bayern, rechts des Rheins, zu bildenden X. Agitationsbezirk mit dem Sitze in Nürnberg soll ein bejoldeter Bezirksleiter angestellt werden und wird diese Stellung hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 M., steigt jedoch mit der festen Anstellung auf 2020 M. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder. Da nach § 18 Abs. 3 des Statuts die von der Prüfungskommission gewählten Bewerber eine Probearbeit eingereicht haben, empfiehlt die Kommission zur Vereinfachung der Prüfung, daß Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen. Der Vorstand unterliegt diese Anregungen der Kommission entschieden und ersucht die etwaigen Bewerber, diesen Anregungen Folge zu geben. Als Thema für diese Probearbeit ist gestellt:

„Die Aufgaben des Bezirksleiters.“

Stwaige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenem Briefumschlag, mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen, bis spätestens zum 1. September 1903 an die nachstehende Adresse zu richten: Karl Müller, Fleischner, Nürnberg, Bismarckstr. 2, pt.

Die am Orte arbeitslosen Mitglieder ersuchen wir, sich stets, auch wenn sie nicht unterstützungsberechtigt sind, bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Ausgeschlossene aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Rohleger Friedrich Wolff, geb. zu Alt-Pozzelsau am 15. Oktober 1870, Buch-Nr. 475645, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Dresden: der Metallschläger Ferdinand Herz, geb. zu Dresden am 1. Oktober 1876, Buch-Nr. 534472; der Metallschläger Arthur Müller, geb. zu Dresden am 24. Mai 1872, Buch-Nr. 108231; der Metallschläger Otto Müller, geb. zu Dresden am 31. Mai 1865, Buch-Nr. 116400; der Metallschläger Bernhard Pfau, geb. zu Dresden am 16. März 1875, Buch-Nr. 179384; die Beischneiderin Martha Hurdorf, geb. zu Dresden am 15. Januar 1837, Buch-Nr. 491682; die Beischneiderin Klara Schüchler, geb. zu Dresden am 19. Febr. 1861, Buch-Nr. 363244, sämtliche wegen Streikbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M.: der Spengler Michael Eyring, geb. zu Dörfenfurt am 26. Juli 1870, Buch-Nr. 42; der Installateur Peter Eibelshäuser, geb. zu Hochstadt am 16. April 1876, Buch-Nr. 590678; der Spengler Johann Sinfiedel, geb. zu Cronberg am 22. März 1860, Buch-Nr. 577054; der Spengler Wilhelm Hermes, geb. zu Gls am 17. Dezember 1855, Buch-Nr. 590768;

der Installateur Wilhelm Hinkel, geboren zu Enkheim am 16. September 1884, Buch-Nr. 515540; der Spengler Wilhelm Knäp, geb. zu Neu-Isenburg am 16. Januar 1873, Buch-Nr. 580689; der Spengler Georg Krank, geb. zu Wertheim a. M. am 15. Januar 1870, Buch-Nr. 553320; der Spengler Adolf Reichum, geboren zu Niederrad am 12. Februar 1868, Buch-Nr. 515520; der Spengler Albert Burg, geboren zu Merktelheim am 5. Oktober 1879, Buch-Nr. 577147; der Metallarbeiter Friedrich Platt, geb. zu Frankfurt a. M. am 23. November 1852, Buch-Nr. 590641; der Spengler Ludwig Platt, geboren zu Orbach i. O. am 14. Juni 1846, Buch-Nr. 577352;

der Installateur Wilhelm Schächter, geb. zu Dörrnigheim am 18. Dezember 1882, Buch-Nr. 599163; der Spengler Ludwig Strauß, geb. zu Ruppenau am 9. Oktober 1881, Buch-Nr. 516780; der Spengler Anton Strohm, geb. zu Bombach am 30. August 1867, Buch-Nr. 590672; der Spengler Georg Weber, geb. zu Frankfurt-Notenheim am 17. Dezember 1873, Buch-Nr. 577421; der Installateur Konrad Heinrich Weil, geb. zu Enkheim am 14. August 1855, Buch-Nr. 590683; der Spengler Emil Wortmann, geb. zu Grenchhausen am am 30. April 1882, Buch-Nr. 523510; der Installateur Wilhelm Zeh, geb. zu Kiliansstätt am am 26. Juli 1878, Buch-Nr. 590702; der Installateur Theodor Zvermann, geb. zu Wehrheim am 27. November 1879, Buch-Nr. 599170; sämtliche wegen Streikbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lüdenscheid: der Schleifer Heinrich Wilmann, geb. zu Lüdenscheid am am 26. Januar 1867, Buch-Nr. 586532; der Schleifer Wilhelm Wubbe, geb. zu Lüdenscheid am 6. Juli 1865, Buch-Nr. 427936; der Schleifer August Bunte, geb. zu Lüdenscheid am 18. April 1862, Buch-Nr. 427912; der Schleifer Wilhelm Deumer, geb. zu Gewelndorf am 6. Dezember 1853, Buch-Nr. 427983; der Schleifer Gustav Harrmann, geb. zu Lüdenscheid am 26. Januar 1852, Buch-Nr. 524226; der Schleifer Wilhelm Hellmich, geb. zu Strin am 7. Juli 1872, Buch-Nr. 427808; der Schleifer Ludwig Herling, geb. zu Lüdenscheid am 10. Juni 1858, Buch-Nr. 427921; der Schleifer Wilhelm Herling, geb. zu Lüdenscheid am 10. Februar 1853, Buch-Nr. 294944; der Schleifer Gustav Höfer, geb. zu Wehringhausen am 17. Dezember 1864, Buch-Nr. 427870;

- der Schleifer Wilhelm Junker, geb. zu Lüdenscheid am 5. September 1870, Buch-Nr. 454 170;
- der Schleifer Ewald Klee, geboren zu Lüdenscheid am 12. Februar 1881, Buch-Nr. 377 250;
- der Schleifer Wilhelm König, geboren zu Lüdenscheid am 26. September 1876, Buch-Nr. 427 801;
- der Schleifer Fritz Köster, geboren zu Leifringhausen am 30. August 1859, Buch-Nr. 294 987;
- der Schleifer Friedrich Lüd, geboren zu Herringhausen am 4. April 1856, Buch-Nr. 427 205;
- der Schleifer August Lüsebrint, geb. zu Meinertshagen am 16. März 1882, Buch-Nr. 427 849;
- der Schleifer Albert Müller, geboren zu Lüdenscheid am 17. Mai 1887, Buch-Nr. 536 528;
- der Schleifer Karl Piepenstock, geb. zu Hebfeld am 8. Juli 1875, Buch-Nr. 536 536;
- der Schleifer Fritz Pienger, geb. zu Lüdenscheid am 25. ? 1886, Buch-Nr. 536 527;
- der Schleifer Fritz Schmermbach, geb. zu Sonnenscheid am 30. Jan. 1869, Buch-Nr. 427 841;
- der Schleifer August Schmidt, geb. zu Mühle am 17. Jan. 1860, Buch-Nr. 427 968;
- der Schleifer Karl Schulte, geb. zu Lüdenscheid am 19. Aug. 1874, Buch-Nr. 427 904;
- der Schleifer Theodor Schriver, geboren zu Werbscheid am 10. Mai 1846, Buch-Nr. 427 801;
- der Schleifer Karl Tralio, geb. zu Lüdenscheid am 7. ? 1864, Buch-Nr. 427 807;
- der Schleifer Emil Trimpop, geboren zu Schnarünem am 1. März 1870, Buch-Nr. 427 803;
- der Schleifer Rudolf Wenland, geb. zu Rittinghausen am 8. September 1868, Buch-Nr. 427 909;
- der Schleifer Wilhelm Wiemann, geb. zu Ottinghausen am 2. Juli 1872, Buch-Nr. 427 988, sämtliche wegen Streikbruchs;
- der Metallarbeiter Albert Wicke, geboren ? am 5. Nov. 1871, Buch-Nr. 454 122, wegen Denunziation.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederannahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

- Es wird zur Last gelegt:
- Von der Verwaltungsstelle in Bochum dem Schlosser Hermann Edelbrück, geb. am 23. August 1873 zu Elberfeld, Buch-Nr. 527 486, Unterschlagung von Verbandsgeldern.
- Von der Verwaltungsstelle in Bremen dem Kesselschmied Hermann Corleisen, geboren am 24. März 1881 zu Hamburg, Buch-Nr. 398 897, unkollegialisches Verhalten.
- Von der Verwaltungsstelle in Pinneberg dem ? Adolf Petersen, geb. am 22. April zu Lübeck, Buch-Nr. 440 878, Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Gewarnt wird vor dem Spengler Johann Sirt, geboren zu Gappurg am 26. Januar 1863, eingetreten am 13. Juni 1903 in Ingolstadt, Buch-Nr. 533 945, der sich seiner eigenen Aussage nach schon mehrmals in den Verband hat aufnehmen lassen, einen oder zwei Beiträge bezahlte und sich dann Geldbeträge erschwindelte, indem er sein Mitgliedsbuch zum Pfand gab und es nie wieder einlöste.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nöte-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drehern nach Aschaffenburg;
 - von Feilenbauern, Feilenschleifern und Feilenschmiedern nach Berlin v. St.;
 - von Feingoldschlagern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Harenshausstr.; Jean Nieß, Fürtherstr.; Michael Pfeifer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.);
 - von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Alfenburg (Hio Köhler & Co.) M.; nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) M.; nach Hirschberg (Heine & Seifert) M.; nach Kiel-Gaarden (Holtz & Metel, Gaardener Eisengießerei) St.; nach Neumünster (H. Holert) D.;
 - von Klempnern und Installateuren nach Hannover, St.; nach Straßburg i. E. St.;
 - von Klempnern nach Bausen L.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Köln-Ehrenfeld D.;
 - nach Grimmitzschau (Pippig) M.;
 - von Metallschlägern nach Fürth;
 - von Silberschlagern nach Schwabach (Hambacher) D.; (Sturm) St.;
 - von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.; nach Schwelm (Bever und Hophaus) St.;
 - von Schlossern nach Aschaffenburg;
 - von Schmiedern nach Mannheim (Lang) St.;
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussetzung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; W.: Wipptade; R.: Lohn- oder Abford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

I. Bezirk (Bayern).

Am Sonntag den 26. Juli fand in Nürnberg eine Konferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Metallarbeiter Bayerns statt, die vom Vorsitzenden der nordbayrischen Agitationskommission, Rögner in Nürnberg, mit Begrüßung und kurzem Hinweis auf den Zweck der Konferenz eröffnet wurde. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht über die Tätigkeit der beiden Agitationskommissionen, und 2. die Anstellung eines Gauleiters für Bayern.

Als Vorsitzende wurden gewählt Fjöhinger-München und Gril-Pegnitz. Als erster Berichterstatter erließ Bollhals-München zur Berichterstattung über die Tätigkeit der südbayrischen Agitationskommission das Wort. Dieser führte aus, daß er nicht über große Erfolge berichten könne. Der Mitgliederzuwachs sei kein bedeutender, einige Poststellen hätten zwar ganz bedeutend an Mitgliedern zugenommen, andere dagegen seien zurückgegangen. Als größere Fikale kamen für Südbayern nur München und Augsburg in Betracht. In Augsburg hat sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt, sie ist von 453 im Jahre 1901 auf 799 Mitglieder im Jahre 1903 gestiegen. In München ging die Mitgliederzahl um 200 zurück; dieses Zurückgehen darf jedoch nicht beunruhigen, sondern ist auf die Krise in der Maschinenindustrie, die in München unvorstellbar stark auftrat, zurückzuführen. Es ist uns gelungen, in Orten wie Alttötting, wo jede geringe Agnung unterdrückt wird, festen Fuß zu fassen und den Mitgliederstand von 15 auf 35 Mitglieder zu erhöhen. In Reichenhall ist die Mitgliederzahl von 39 auf 58 gestiegen. Ferner weisen noch eine Anzahl Orte keine Zunahme auf. Die Agitationskommission mußte bei vielen Differenzen, die teils mit

Erfolg, teils ohne Erfolg endeten, eingreifen. In Rempten haben die Schmiede eine bedeutende Vertiefung der Arbeitszeit erzwungen, lehrten jedoch nach kurzer Zeit dem Verband den Rücken, so daß jetzt die Arbeitszeit wieder die alte ist. In Augsburg konnte ein Streik bei der Firma Claas nach zweitägiger Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet werden. Weitere Erfolge wurden in Lindau und hauptsächlich in der Stadt München erzielt. Die schriftlichen Ausgänge vermehrten sich bedeutend, es gingen 150 Briefe und 130 Postkarten, außerdem zahlreiche Drucksachen aus. Die Ausgaben betrugen 1156,86 Mk. Redner verbreitet sich dann noch über die Anstellung eines Gauleiters, für den in Südbayern ein großes Arbeitsfeld vorhanden sei.

Müller-Nürnberg (Feingoldschläger) erstattet Bericht über die Tätigkeit innerhalb der Schlägerberufe. Er führt aus, daß der Verband in den letzten Jahren für die Schläger große Opfer brachte. Im Zeitraum von acht Jahren hat der Verband über eine halbe Million Mark Unterstützung an die Schläger ausbezahlt. Durch die Anstrengungen des Verbandes ist es gelungen, mit den Unternehmern Tarifverträge abzuschließen, so daß begründete Aussicht besteht, daß die Schläger den Verband nicht mehr belasten werden. Die Arbeitszeit wurde allgemein nach der Nachfrage nach fertigem Produkt geregelt. Sie betrug in den letzten Jahren in der Golbschlägerei fast durchweg 32 Stunden. Die Unternehmern haben in den letzten anderthalb Jahren rund 52 000 Mk. als Unterstützung an die Organisation bezahlt, die als Entschädigung für die verkürzte Arbeitszeit wieder an die Arbeiter verteilt wurde. Im Aluminium- und Silbergeschlägergewerbe betrug die Arbeitszeit durchschnittlich 48 Stunden. Im Metallschlägergewerbe schweben gegenwärtig noch Unterhandlungen. In diesem Beruf sind 145 Kleinmeister vorhanden, von denen jeder eine andere Ansicht hat. Das ist ungeheuer schwer ist, bei den Schlägern geregelte Zustände zu schaffen, beweist der Umstand, daß im ersten Halbjahr 1903 95 Kommissionen, 49 Tarifamtsitzungen, 11 Kontrollen der Produktionsstatistik und der Geschäftsbücher, 98 Versammlungen und 23 allgemeine Sitzungen abgehalten werden mußten. Neben diesen Sitzungen hat ein umfangreicher Briefwechsel stattgefunden. Zu bedauern ist, daß die Regelung der Produktion bei den Arbeitern teilweise auf Widerstand stößt; allerdings darf nicht verkannt werden, daß die Arbeiter darunter schwer zu leiden haben.

Rögner-Nürnberg erstattet hierauf Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission für Nordbayern. Redner verweist auf den in der Metallarbeiter-Zeitung erschienenen Bericht, der den Delegierten vorliegt und beschränkt sich darauf, nur den Bericht vom ersten Halbjahr 1903 zu geben. Aus diesem geht hervor, daß die Agitationskommission im letzten Halbjahr hauptsächlich Versammlungen abgehalten hat, wozu reichlich Gelegenheit vorhanden war. Aus dem schriftlich vorliegenden Bericht entnehmen wir, daß die Tätigkeit eine sehr rege war. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen, Revisionen, Unterhandlungen mit Unternehmern u. s. w. beläuft sich auf 213. Im Jahre 1902 wurden in Nordbayern 28 936,01 Mk. an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Tätigkeit, die in der Stadt Nürnberg entwickelt wurde, bezog sich lediglich auf Schlägerangelegenheiten. Redner geht dann auf die Gauleiterfrage ein und betont, daß die vorliegenden Berichte allein schon genügen, die Notwendigkeit der Anstellung eines Gauleiters zu beweisen.

Die Mandatprüfungskommission erstattet hierauf Bericht. Vertreter sind 1335 Mitglieder durch 59 Delegierte aus 22 Orten. Außerdem sind anwesend: der Verbandsvorsitzende Schlieke aus Stuttgart, der Vorsitzende der südbayrischen Agitationskommission, Bollhals-München, und die Mitglieder der nordbayrischen Agitationskommission.

Bei der Eröffnung der Debatte meldeten sich eine große Anzahl Redner zum Worte, die teils für und teils gegen die Anstellung eines Gauleiters Stellung nahmen. Die in der Nachmittagsitzung vorgenommene Abstimmung ergab die Bejahung der Frage, ob ein Gauleiter angestellt werden soll. Für Anstellung stimmten 37 Delegierte mit 8975 Stimmen, dagegen 21 Delegierte mit 4263 Stimmen und 1 Delegierter (Meier-Schwabach) mit 97 Stimmen hat sich der Abstimmung enthalten. Bis zur Wahl des Gauleiters haben die beiden Agitationskommissionen im Amt zu verbleiben. Zur Auswahl eines Gauleiters wurde eine fünfjährige Kommission, bestehend aus Pöll-München, Bernthal-Augsburg, Müller-Nürnberg (Faschauer), Böllner-Fürth und Kuntzmann-Schwabach gewählt. Die Stelle soll in der Metallarbeiter-Zeitung zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben werden. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Fjöhinger wurde hierauf die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Eine Vortragsreihe der Schläger fand am Samstag nachmittag statt. In dieser waren 26 Delegierte aus 5 Orten vertreten. Die dort behandelten Gegenstände bezogen sich auf die Taktik, die in der nächsten Zeit im Schlägergewerbe zu beschaffen ist und auf die Anstellung eines Beamten, der speziell Schlägerangelegenheiten zu behandeln und zu erledigen hat. Zur Kostendeckung für den neu-geschaffenen Posten hat jedes männliche Mitglied der Schläger pro Woche 3 Pf. und jedes weibliche Mitglied 2 Pf. zu entrichten. Die Stelle wird zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben.

Korrespondenzen.

Formen.

Machen. Schon seit langer Zeit herrschen hier für die Formen ganz besorgerliche Verhältnisse. Die Unternehmer können immer auf Mittel und Wege, durch niedrigen Lohn, lange Arbeitszeit und brutale Behandlung die Formen zu schikanieren und auslös zu machen. Schon des öfteren sind die hiesigen Eisengießereiarbeiter aufgefordert worden, ihre Interessen durch einen festen Zusammenschluß besser wie bisher zu wahren, da es nur dadurch möglich ist, die Zustände zu beheben. In Bezug auf Lohn und Humanität scheint die Firma Scharf & Fißler (Machener Gußwerk) seit Eintritt des früheren Eisengießereibesizers Hennes als Betriebsleiter den Vogel abgeschossen zu wollen. Schlechte Bezahlung und minderwertiges Arbeitsmaterial, wodurch dann mehr verdorben als gut gemacht wird, ist an der Tagesordnung. Dadurch kommt es sehr häufig vor, daß Arbeiter drei, vier und noch mehr Tage unsonst arbeiten müssen. Abgabe von 10 und 12 Mk., ja sogar bis zu 20 Mk., sind nichts seltenes. Wochenlohn von 15, 12, ja bis zu 10 und 8 Mk. bei einhundertstündiger Arbeitszeit sind häufig genug zu verzeichnen. Es scheint aber, als ob dieses dem neuen Betriebsleiter noch nicht genüge, er werden jetzt die älteren Formen ohne Angabe eines Grundes entlassen und dafür werden in den hiesigen Tageszeitungen Grzessträße genannt. Darum aufgepaßt, ihr Formen allerorts, laßt euch nicht durch Anzeigen in bürgerlichen Blättern hierherlocken, haltet den Zuzug nach hier streng fern, denn nur dadurch wird auch diesem Herrn die gebührende Antwort zu teil.

München i. S. Zustände, wie sie in der Eisengießerei von Mödel & Hänel, jetzige Inhaber Bohrmann und Schulz, herrschen, verdienen öffentlich geäußert zu werden. Zur Zeit sind da noch ein Lehrling und drei Formen beschäftigt, von denen keiner organisiert ist. Sie sind nicht dazu zu bewegen, dem Verband beizutreten. Stellt man ihnen jemals Jwed dar, so heißt es: Dazu haben wir kein Geld. Die Löhne sind allerdings schlecht. In ein Stück Ausschuß, was bei dem schlechtesten Material ja sehr häufig vorkommt, erhält der Formen nichts bezahlt, ja, er muß sogar eventuell dem Dreher noch für je eine Stunde, die er an einem unbrauchbaren Stücke gearbeitet hat, 1 Mk. Arbeitslohn bezahlen. Die Löhne sind alle geringen, Bretter zum Aufenverbauer soll sich der Formen selber kaufen, ebenso Sandfeger und Lampe nebst Brennstoff. Um Arbeit bekommen sich die Herren Fabrikanten nicht. Wenn die Formen Arbeit haben wollen, müssen sie mitunter selbst in die Maschinenfabriken gehen und sich Arbeit verschaffen, wobei sie ganze halbe Tage verbummeln. Das Sieben deckt oft des Nachts bis elf Uhr und länger, kommt dann der Formen am anderen Tage ein paar Minuten zu spät, dann heißt es:

Jetzt kommt wieder ein Bummel. Zu erzielen ist in der Bude nichts, weil die Leute nicht zum Verband zu bewegen sind, es sollen aber wenigstens die reisenden organisierten Kollegen wissen wie es da aussieht.

Hannover-Linden. Am 15. Juli legten sämtliche Arbeiter der Stahlgießerei des Lindener Eisen- und Stahlwerkes die Arbeit nieder. Verschiedene Male schon wurden im letzten Jahre die betreffenden Arbeiter vorstellt, um die Direktion zu veranlassen die Löhne zu erhöhen, die auf dem Werke existieren, abzusprechen, doch jedesmal gab es nur Versprechungen, gebietet wurde nichts. Vor kurzem versuchte nun die Direktion, das bisherige sogenannte „Lohnaktorsystem“ abzuschaffen und „Stücklohn“ zur Einführung zu bringen. Man sagte den Arbeitern, sie wäre dazu gezwungen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Arbeiter lehnten sich dagegen nicht auf, nur verlangten sie eine gewisse Garantie um nicht Gefahr zu laufen, an den Zahltagen mit leeren Lohnbüten abgeholt zu werden. Von „wohlwollender Berücksichtigung“ die den Arbeitern versprochen wurde, hat sich noch niemand satt essen können. Dieses beschiedene Verlangen wurde nun sofort in der Weise „wohlwollend berücksichtigt“, daß man einfach sagte: „Wenn es nicht passe, der könnte ja gehen“. Darauf beschloßen nun die Arbeiter, daß die Vertreter ihrer Organisationen beim Direktor vorstellt werden, um eine gütliche Einigung zu erzielen. Leider blieb diese nur ein frommer Wunsch, denn die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurden von Herrn Direktor Niechers in einer Weise zur Tice — nun, sagen wir — „hinabkomplimentiert“, die einem Ginzanswurf verleiht ähnlich sah. Also gütlich nichts zu erreichen war, legten alle Arbeiter dieser Abteilung die Arbeit nieder, versuchten jedoch, sofort wieder zu unterhandeln. Wie Direktor Niechers sich derartige Unterhandlungen vorstellt, mögen ein paar Beispiele illustrieren. Der Kommission wurde sofort bedeutet, Forderungen dürfen die Arbeiter überhaupt nicht stellen, sondern nur „Wünsche“ (!) wolle „er“ (der Direktor) gütlich entgegennehmen. Im Laufe der Unterhandlungen fragte nun „der Herr in eigenen Hause“ ein Kommissionsmitglied, ob es dem mit seinem bisherigen Verdienst nicht zufrieden sei, und als dies verneint wurde dem Betreffenden sofort erklärt: „Dann habe ich mit Ihnen überhaupt nichts mehr zu tun, ich unterhalte nur mich aufriedenen (!) Leuten!“ Auf gutem Wege ist also trotz aller Bemühungen der Arbeiter nichts zu erreichen gewesen, und so blieben eben nichts weiter übrig, als der Kampf. Infolgedessen legten sämtliche Stahlschmied, 31 Mann, sowie circa 45 Kernmacher, Fußheuer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Darauf hatte die Direktion nicht gerechnet, sie glaubte jedoch mit der Androhung, daß sie das Werk schließen werde, noch Erfolg zu haben. Als jedoch Tag um Tag verging und die Kommission der Arbeiter der Direktion erklärte, eher nicht endgültig geregelte Verhältnisse herrschen, werde kein Formner einen garantierten Stundenlohn von 40 Pf. für alle Fälle, für ältere Formner und für Junggefelln (bis zu einem Jahre aus der Lehre von 35 Pf., ebenso vorherige Vereinbarung über den Abfordpreis) außerdem gab die Direktion die bindende Zusicherung, sobald die Beschäftigung wieder eine etwas bessere sei, die Tagelöhne der un-gelernten Arbeiter aufzubessern. Auf Grund dieser Zusicherungen wurde am Freitag den 31. Juli die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn auch der Erfolg der Arbeitsniederlegung für die un-gelernten Arbeiter kein allzu großer ist, so ist wenigstens bei den Formnern einmal etwas geschehen und in einer Fabrik nun für alle Fälle ein garantierter Lohn eingeführt. Die Formner und Eisengießereiarbeiter der anderen hiesigen Firmen können aber daraus ersehen, daß mit einer guten Organisation etwas zu erreichen ist.

Leipzig. In zwei Versammlungen beschäftigten sich die Formner und Eisengießereiarbeiter mit dem Bericht und den Beschlüssen der Berliner Konferenz. Scharf gerügt wurde im Laufe der Debatte der einseitig gehaltene Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung. Durch den Bericht sei der Anschein zu erwecken gesucht, als habe die Konferenz nur durch das Gegenkommen des Vorstandes eine Bedeutung gewonnen, während aus dem Bericht des Delegierten das Gegenteil hervorgehe, andererseits sei aus dem veröffentlichten Bericht nicht zu ersehen, mit welchem Material sich die Konferenz beschäftigt habe, zum Beispiel fehle die zum ersten Punkt der Tagesordnung angenommene Resolution ganz. Der Bericht lasse die Meinung aufkommen, als wenn der Berichterstatter den Verhandlungen nur zeitweise beigewohnt hätte, es müßte Sache der späteren Konferenzen sein, aus ihrer Mitte einen Berichterstatter zu ernennen. Von einer Seite wurde noch der Bericht des Delegierten bemängelt, doch wurde durch die Diskussion auch nach dieser Richtung völlige Klarheit geschaffen.

Mittweida. Viele Kollegen werden glauben, in Mittweida sei alles gut, weil man hier noch gar nichts über Mißstände in den Werkstätten gehört hat. Daß dem aber nicht so ist, wollen wir einmal beweisen. Zu der Eisengießerei von Oswald Scharf geht es wie in einem Taubenschlag zu: sehr oft muß das Gewerbe geräusch angefangen werden, denn der Meister zahlt nicht gern viel aus. Wöchentliche Löhne von 5,70 Mk., 8 Mk., 10 Mk. und 13 Mk. kann man bei Scharf erzielen, ja, es ist schon vorgekommen, daß man einen Formner nach Abzug von Vorfuß mit — sage und schreibe — 250 Mk. heimgeschickt hat. Auch wäre es nötig, daß die Formner bei Regenwetter den Regenschirm aufspannen, wenn sie die Kasten nicht noch einmal unisono stampfen wollen. Stampfer sind auch oft nicht vorhanden; trägt man den Meister darnach, so findet man „abgeschickt“. Um Abhilfe zu schaffen, haben wir den Meister für eine unserer Versammlungen eingeladen, er erschien aber nicht. Darauf waren zwei Mann in seiner Wohnung, aber der Herr Meister läßt niemand zu Worte kommen. Da bekommt man zu hören, daß sich die Kollegen gegen ihn schlecht betragen. Das liegt nur daran, weil er seinem Amte als Meister nicht richtig vorsteht. In Lohn-drückerei leidet er großes. — Es gibt noch mehrere Eldorados in Mittweida, von denen wir später berichten werden. Sollten Kollegen hierher kommen, so tun sie gut, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Mühlhausen i. Th. Seitdem Herr Schuchardt Eigentümer der Firma Schuchardt (früher Eisengießerei Thüringia) und Leiter des Werkes ist, haben sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entschieden verschlechtert. Zahlte doch die Firma an die besten Formner nur einen Stundenlohn von 38 Pf.; natürlich sind es nur wenige Stückliche, die diesen Lohn erhalten. Andere bekommen 30 Pf., 25 Pf., ja, sogar vielfach nur 20 Pf. Und dabei behandelt Herr Schuchardt die Arbeiter so geringschätzig als wären sie ein Nichts. Ohne Unterlaß geht die Antreiberei, Tag für Tag. Sucht ein Arbeiter um Lohnhöhung nach, so wird er abgewiesen mit der Begründung: Es wird noch lange nicht genug geschafft, es muß noch viel mehr fertig werden, ich sehe noch mein Geld dabei. Frängt ein fremder Kollege in diesem Eldorado an und lernt er die Lohnverhältnisse, dann ist keines Weibens nur wenige Tage. Die Ventilation in der Frodenstammer, hergestellt durch zerbrochene Fensterscheiben und Öffnen der Türe, ist eine so miserable, daß die darin Beschäftigten vor Rauch zeitweise fast erstickn können und einer den andern nicht sieht. Dabei ist Herr Schuchardt einer von jenen freimütigen Fabrikanten, die der Organisation der Arbeiter den Ton geschworen haben. Tritt ein Arbeiter für den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein, so muß er, wenn es dem geistigen Herrn zu Ohren kommt, sein Bündel schüttern. Soeben ist erst eine Maßregelung vorgekommen. Aber leider muß man auch hier nicht in den meisten Fällen konstatieren, daß die Arbeiter einen großen Teil der Schuld tragen. Es ist wohl richtig, daß die meisten Formen organisiert sind, aber das ist den Zweck der Organisation richtig begriffen hätten, muß betritten werden. Die Formner stellen, unglücklicherweise unter sich zu stellen, freundschaftlich miteinander verkehren, auch mit den Nichtorganisierten, durch freundschaftliche Verkehr die Indifferenten zum Verband heranziehen. Freilich, die Schnapsstache dürfte dabei nicht die Hauptrolle spielen, dann wäre die brutale Gewaltherrschaft des Unternehmers schnell gebrochen. Gerade diesen Mangel an Solidaritätsgefühl macht sich das Unter-

Metallarbeiter.

nehmertum zu nuge, ja, es versteht, die Uneinigkeit der Arbeiter noch zu schüren. Das müssen wir erkennen und eine andere Taktik einschlagen. Darum, ordern wir euch auf: brecht mit dem Schlandrian, dann können wir gemeinsam die geeigneten Schritte beraten und ein Bollwerk errichten, vor dem das Unternehmertum Respekt haben soll.

Klempner.

Freiburg im Breisgau. Zu dem Ornamentenblechergesuch der Firma Weyerle in Nr. 30 bemerken wir, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, in dieser Bude für unsere Organisation festen Fuß zu fassen, woran allein der Indifferentismus der dort in Arbeit stehenden Kollegen die Schuld trägt. Diese Firma ist schon lange ein Schmerzenskind unserer Verwaltungsstelle und ist es überhaupt für einen organisierten Kollegen nicht möglich, darin längere Zeit in Arbeit zu bleiben. Ein wegen dieser Anzeige hierher gereister Kollege ist mit 2,50 Mk. abspießt worden. Überhaupt sind Löhne bis zu 2,30 Mk. herab auf der Tagesordnung.

Hamburg. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Klempner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter von Hamburg, Altona und Wandsb. wurde am 31. Juli abends hier im Springbornschen Lokal abgehalten. Die Tagesordnung lautete: „Beratung eines neuen Lohnartikels. Wann soll derselbe in Kraft treten?“ Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Das einleitende Referat hielt Franz. Er legte klar, daß die beauftragte Kommission sich dahin schlüssig geworden sei, daß nachstehender Lohnartikel mit Begleitbeschreiben an die Meister zu senden sei: „§ 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, dieselbe darf nicht vor 7 Uhr morgens beginnen. Die Arbeitszeit am Bau ist für die verschiedenen Jahreszeiten folgende: 16. März bis 15. Oktober 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 8 1/2 bis 9 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, 3 1/2 bis 4 Uhr Vesper; 9 Stunden. 16. Oktober bis 15. November 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 8 1/2 bis 9 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag; 8 1/2 Stunden. 16. November bis 15. Januar 8 Uhr morgens bis 4 Uhr abends, 9 bis 9 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag; 8 1/2 Stunden. 16. Januar bis 15. Februar 8 Uhr morgens bis 4 1/2 Uhr abends, 9 bis 9 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag; 7 Stunden. 16. Februar bis 15. März 7 1/2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 9 bis 9 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag; 8 Stunden. Bei Kundschaft und Werkstellenarbeit kann betreffs der Mittags- respektive Vesperpause eine Ausnahme gemacht werden. An den Tagen vor Neujahr und den drei hohen Festen ist um 4 Uhr, des Sonntags eine halbe Stunde früher Feierabend, ohne Lohnabzug. § 2. Bauarbeit. Unter Bauarbeit sind sämtliche zur Fertigstellung eines Neus oder Umbaus gehörigen Arbeiten, ganz gleich, ob deren Verrichtung in der Werkstatt oder auf dem Bau erfolgt, zu verstehen. Bauarbeit darf nicht im Afford ausgeführt werden. § 3. Lohn. Der Minimallohn beträgt: a) für Bau- und Kundschaftsarbeit 60 Pf. pro Stunde; b) für Ladens-, Einbaue- und Druckarbeit 55 Pf. pro Stunde; c) für jung ausgeübte Gesellen kann in ganz besonderen Ausnahmefällen bis zum Ablauf zweier Jahre nach beendeter Lehrzeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein niedrigerer Lohn vereinbart werden, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 45 Pf., im zweiten Jahre nicht unter 55 Pf. pro Stunde. Für diejenigen Gesellen, welche einen höheren Lohn erhalten, tritt ein Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde ein. § 4. Überstunden. Für Überstunden bis 10 Uhr abends werden 15 Pf., für Sonntags-, Feiertags- sowie Nacharbeit von abends 10 Uhr bis morgens 7 Uhr 25 Pf. pro Stunde mehr berechnet. Bei Nacharbeit sind dieselben Rufen einzukalkulieren wie am Tage, jedoch ohne Lohnabzug. § 5. Arbeiten außerhalb der Werkstatt. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt, wo die Nacharbeit des Abends nicht erfolgt, ist außer vollem Lohne Gehrgeld nicht unter 2 Mk. pro Tag, inklusive Sonn- und Festtage, und Hin- und Rückfahrt zu zahlen, desgleichen ist auch bei den hohen Festen Hin- und Rückfahrt zu zahlen. Fahrzeit nach Schluß der Arbeitszeit ist als Arbeit zu vergüten. Desgleichen werden Wegestunden über 5 Kilometer vom Zentrum der Stadt als Überstunden berechnet. Abfahrt oder Ankunft über eine halbe Stunde vor respektive nach der üblichen Arbeitszeit wird als Überstunden berechnet. § 6. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung beginnt pünktlich nach Schluß der Arbeitszeit, mehr als eine halbstündige Verzögerung derselben wird als Überstunde berechnet. Die betreffenden Gesellen, welche am Sonnabend oder an dem Tage, wo die Lohnauszahlung erfolgt, auf Kundschaft oder im Bau beschäftigt sind, müssen so früh von ihrer Arbeitstätte fortgehen können, daß sie selbst zu den vorgenannten Lohnauszahlung pünktlich zur Stelle sind; in anderen Fällen muß die Lohnauszahlung am Bau erfolgen, ebenfalls gleich nach Schluß der Arbeitszeit. § 7. Baubude, Wafvorrichtung und Verbandsmaterial. In den Werkstätten auf Neus oder Umbauten ist eine Wafvorrichtung, wie zum Beispiel Wassereimer, Seife und Sandtuch, vorzusehen. Ebenfalls ist für genügendes und ausreichendes Verbandsmaterial Sorge zu tragen, daß bei eventuellen Unfällen oder Verletzungen weiterer Gefahr vorgebeugt werden kann. Auf Neus- oder Umbauten ist zur Einnahme der Maßzeiten ein heizbarer, sowie zum Umkleiden oder Aufbewahren der Kleidungsstücke ein verschließbarer Raum zur Verfügung zu stellen. § 8. Gesellenarbeit. Arbeiten, die als Gesellenarbeit gelten, dürfen nicht von Helfern ausgeführt werden; sollte dieses trotzdem geschehen, so ist dafür Gesellenlohn zu zahlen.“ — „Mit Gewerbetägern erlauben wir uns, den Herren Klempnern und Mechanikern einen neuen Lohnartikel zu unterbreiten, der eine Neuregelung des Lohnes und der Arbeitszeit enthält. Die in dem Lohnartikel enthaltenen Bestimmungen sind in einer äußerst stark besuchten Versammlung der Klempnergesellen am 31. Juli angenommen worden und ersuchen wir, dieselben mit Schluß der Arbeitszeit am 1. August in Kraft treten zu lassen. Betreffs der in dem Tarif vorgesehene Arbeitszeit dürfte der Hinweis genügen, daß dieselbe im Baugewerbe schon vielfach üblich ist, so daß auch die Einführung bei den Klempnern keine Schwierigkeiten bereiten dürfte. Da es jedoch in Anbetracht der teueren Lebensverhältnisse nicht angängig ist, daß durch die Reduzierung der Arbeitszeit ein Lohnausfall entsteht, ist eine geringe Lohnaufbesserung, wie sie in dem Tarif vorgesehen ist, unbedingt notwendig. Die Gesellen glauben die bestimmte Erwartung aussprechen zu können, daß auch Sie sich mit diesem sehr bescheidenen Bestimmungen enthaltenden Lohnartikel einverstanden erklären und ersuchen Sie, denselben mit Schluß der Arbeitszeit am 1. August in Kraft treten zu lassen. Ihre gesällige Antwort ersuchen wir, am Sonnabend den 1. August einem Ihrer Gesellen zur Abfertigung in die Lohnkommission der Klempner Hamburgs, Altonas und Wandsb. mitgeben zu wollen, oder sie an die Lohnkommission, Gärtnermarkt 35, L., einzufenden.“ Dem Schreiben ist ein Revers beigelegt für die eventuelle Zustimmungserklärung des Arbeitgebers. Redner erläuterte eingehend die einzelnen Bestimmungen des Lohnartikels; er empfahl, sofort in die Lohnbewegung einzutreten, den Meistern den Tarif zuzustellen, und, wenn bis 1. August abends (Sonnabend) nicht bewilligt werde, am Montag die Arbeit einzustellen. Die Konjunktur sei außerordentlich günstig. Er empfehle Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit dem vorgelegten Lohnartikel voll und ganz einverstanden. Sie erklärt, mit allen zu Gebot stehenden geistlichen Mitteln für Durchführung desselben einzutreten. In den Werkstätten, wo der Tarif nicht anerkannt wird, ist die Arbeit am 3. August nicht fortzusetzen. Sollten die Arbeitgeber wegen des Tarifs mit der Lohnkommission in Verbindung treten wollen, so erklärt die Versammlung sich damit einverstanden.“ In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für Annahme dieser Resolution aus. Hervorgehoben wurde von einigen Rednern, daß in der Einbaue- und Schiffsklempnerei die Konjunktur keine gute sei; Ausnahmen müßten im Tarif unter gewissen bestimmten Voraussetzungen gemacht werden. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: für die Resolution des Stimmens, dagegen 108.

Borlum. Am 19. Juli fand in der Lohhalle eine vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein einberufene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Herr Reich auf Berlin referierte über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie durch die Krise die Löhne gesunken, die Lebensmittel- und Mietpreise aber gestiegen seien. Da, wo die Arbeiter sich auflehnten, würde ihnen einfach das Tor gezeigt, denn draußen schillerte, wie in der Krise die Arbeitgeber zu Massenausperrungen freien Arbeitsvertrag und die Nationalökonomie zu sprechen. Seine Schlusssätze gipfelten darin, daß die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung zusammengehen müßten, wenn sie etwas erreichen wollten. Als erster Diskussionsredner sprach Kollege Spiegel-Düffeldorf. Derselbe pflichtete dem Referenten bei, daß der Lohn auch geschehen. Gehe man aber zusammen, dann müßte wie es Herr Reich auf bei dem Streik der Firma Mehlisch in Berlin während seiner Ausführungen wurde der Redner vom Vorstand erwiderte: „Die Sache wird ihnen wohl unangenehm?“ wurde vom Vorstand Schluß gerufen, während die Versammlung verlangte, den Redner sprechen zu lassen. Redner führte dann verantwortlich, er wolle auch dem Gewerbeverein keine Mitglieder abspenstig machen, sondern er fordere dessen Mitglieder auf, auf ihrem nächsten Delegiertentag mit ihren Führern ordentlich ins Gericht zu gehen, damit solche Fälle nicht wieder vorkämen, dann könne man auch Hand in Hand gehen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner auch von Gewerkschaftsmitgliedern gesendet. Hierauf erdenkliche Mühe, die Sache in ein für ihn günstiges Licht zu stellen, indem er dem Kollegen Spiegel einige „Unrichtigkeiten“ unterwarf. Besonders versuchte er die Anwesenden in eine heitere Stimmung zu bringen, indem er von dem Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, Kollegen Cohen, als vom „kleinen Sohn“ sprach. (Dieser „kleine Sohn“ scheint ihm wohl über! mitgespielt zu haben. D. V.) Seine Schlusssätze gab Redner in sehr erregter Tone vor sich: „Wir lassen uns nicht beordern, wir tun was wir wollen, wir gehen unsere eigenen Wege.“ (Zwischen er vorher erklärt hatte, die verschiedenen Richtungen müßten zusammengehen. D. V.) Herr Lange-Schaffe, Bezirksleiter des Gewerbevereins, bedauerte, daß Spiegel diese Angelegenheit mit vorgebracht habe, wir seien dadurch ganz vom Thema abgekommen. Er legte ebenfalls für ein Zusammengehen der verschiedenen Richtungen ein. Während der Redner sprach, wurde ihm von einem Vorstandsmitglied etwas zugeflüstert, wozu er beschiedigt nickte. Wir waren uns sofort klar, daß Kollege Spiegel verhindert werden sollte, den Herrn Reich auf die gebührende Antwort zu geben. Als Lange um 11 Uhr schloß, machte der Vorsitzende bekannt, daß die anderen Redner nicht mehr das Wort bekommen könnten, weil die Polizeistunde eingetreten sei. Als ihm zugerufen wurde, sonst sei doch bis 12 Uhr getagt worden, erwiderte er, sie hätten nur bis 11 Uhr eingereicht, und was sollten sie sich hier bekämpfen, wo sie doch bei der Behörde so gut angefragt wären. So wurde denn die Versammlung geschlossen und es war auch die höchste Zeit, sonst wäre der Saal ganz leer geworden.

Brandenburg. Die Kampfweise der Gewerksvereiner. In Nr. 30 des Regulator vom 24. Juni bringt der Vorsitzende des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins in Brandenburg an der Havel, Herr Lemke, eine „Berichtigung“ auf meine Erwiderung in Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung. Herr Lemke motiviert sein Schreiben damit, daß er es wohl unterlassen hätte, auf mein Schreiben einzugehen, wenn nicht einige seiner Gewerksvereinskollegen durch das Eingehen in der „sozialdemokratischen“ Zeitung sich hätten erlauben können. Ja, Herr Lemke, die „sozialdemokratische“ Zeitung liegt immer besonders hervor. Wir haben aber nicht Lust, uns schließlich, wie es verschiedene anderen Leuten gegangen ist, im hiesigen Brandenburger Anzeiger abzuweisen zu lassen. Übrigens geht ein jeder dort hin, wo er sich am wohlsten fühlt und wo seine Interessen auch vertreten werden. Daß sich Herr Lemke in seiner „Berichtigung“ verschiedene Male in direkte Widersprüche verwickelt, scheint der Herr in seiner Aufregung gar nicht bemerkt zu haben. Herr Lemke, Sie behaupten zunächst, daß die große Mehrzahl der Arbeiter gegen die Anwesenheit uninteressierter Kollegen Cohen und Versammlungsleiter gewählt wurde! Herr Lemke, werfen Sie denn dabei nichts? Wenn Sie nicht Ihren Gewerksvereinskollegen von einer großen Mehrheit ihrerzeit sprechen wollen, so leiden Sie ja an wahrer Einbildungswut. Wenn zufällig der älteste Arbeiter, der eben auch nicht mehr ist wie der jüngste Arbeiter in der Fabrik, auch gegen die Anwesenheit unserer Kollegen Cohen war, so beweist dies doch noch gar nichts. Nun schreibt Herr Lemke, daß mein Groll hauptsächlich darin besteht, daß er und sein Vereinsgenosse Reich ihr freie Meinung geäußert hätten. Nun, Herr Lemke, wenn Sie das denken, dann sind Sie auf dem Holzweg. Von Gegenteil, wir sind jederzeit für die weitgehendste freie Meinungsäußerung. Allerdings muß diese in anständiger Weise und nicht in Verhörungen und Verleumdungen geschehen, wie dies in der Besitzterversammlung von Ihrer Seite gemacht worden ist. Sie haben es durchaus nicht nötig, zu allem Ja und Amen zu sagen und mit dem Kopfe zu nicken, was unsere „sozialdemokratische“ Zeitung schreibt, aber ebenjenseitig sind auch wir gewillt, zu Ihrem Regulator-Eingehen mit dem Kopfe zu nicken. Wohl aber müßten Sie es sich zur Aufgabe machen, Ihren freiwilligen Vertretern im Parlament, die auf ganz gemeine Art und Weise bei der Zolltarifberatung die Rechte des Volkes vertrat haben, nicht auch jetzt noch fortwährend zu nicken. Nun, Herr Lemke, noch einmal zu Ihrer Behauptung im Betrieb. Ich glaube es Ihnen sehr gern, daß Sie durch Ihre Devotion und Ihre Artikel im Regulator „im Betrieb“ ein sehr beliebter Mann geworden sind, aber doch nicht bei Ihren Mitarbeitern und bei den Arbeiterinnen. Na, daß der Lohn für Ihre „in bester Absicht“ verfaßten Artikel nicht ausbleiben wird, dessen will wir gewis. Ihre Mitarbeiter und die Arbeiterinnen denken anders über Ihre Beliebtheit und haben Sie dies ja auch anlässlich Ihrer Rede in der Werkstattversammlung zur Genüge kennen gelernt. Wenn Sie schreiben, daß Ihre Ausführungen von einem großen Teile der Arbeiter für gut befunden worden sind, so zähler Sie wohl jeden Ihrer Vereinsgenossen für sich! Zählen Sie uns doch, bitte, diese große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen auf, die Ihre Ausführungen für so gut befunden haben. Sind Sie, Herr Lemke, vielleicht so kurzschichtig, daß Sie nicht einmal ein ironisches Bravo verstehen können? Sie werden doch zugeben, daß, als bei der Kommissionswahl Ihre Person in Vorschlag gebracht wurde, es wie aus einem Munde erscholl: „Rein, Lemke nicht!“ Wohl drehte ich nicht, daß Sie bei zwei Mitarbeitern sehr beliebt waren, und zwar aus dem Grunde, weil Sie für dieselben längere Zeit aus Ihrer Privatfische die Beiträge für den Gewerbeverein entrichteten. Aber auch diese Liebeshand war ebenjenseitig wie Ihre Bemühungen, Mitarbeiter durch die Schwandfische zum Eintritt in Ihren Gewerbeverein zu gewinnen. Ihre Beliebtheit haben Sie jedenfalls auch kennen gelernt, als Sie letzterzeit einen Mitarbeiter mit einem glühenden Hötfolken be-Verichtigung führen Sie Sachen an, die bisher noch nicht erwähnt waren und deren Wichtigkeit ich auch noch niemals bestritten habe. Es ist eine alte Taktik einzelner Gewerbevereinsführer, daß sie, wenn es irgendwo zu einem Kamrie kommt, ihre Vereinsgenossen überreden, von unseren Verbandskollegen getrennt zu nicken, und zwar aus dem Grunde, weil sie eben nicht den Mut besitzen, die Interessen ihrer Kollegen ebenso zu vertreten, wie dies unsere Ver-

bandsleiter tun. Dieser Mut fehlte auch Herrn Lemke, als er erklärte, die Hirsch-Dunderschen hätten schon eine Kommission gewählt. Er getraute sich offenbar nicht, mit einem unserer Verbandskollegen in der Kommission zu sein, weil er dann eben nicht im Trüben stehen konnte. Der ganze Groll des Herrn Vorsitzenden domte bei ihm darin, daß sein extremer Gegner Gelegenheit hatte, auf Wunsch des Herrn Gheff mit diesem zitta eine Stunde lang zu unterhandeln. Als der Kollege St. Herrn Lemke fragte, was er bei der Aussperrung denn zu tun gedächte, antwortete er: „Zunächst noch gar nichts, wir warten ab.“ Also, dieser Führer der Gewerbevereiner hat den ihm dargebotenen passenden Moment zum Handeln ruhig vorübergehen lassen und er bewies damit seine Unfähigkeit, überhaupt irgend eine Gewerkschaft zu leiten. Die Parole bei dem Herrn lautet eben: Immer rückwärts statt vorwärts. Auch das sei noch bemerkt: Herr Lemke hat bei Werbung um eine Agitationsleiterstelle seinen hiesigen Vereinskollegen selbst erklärt, daß er ihre Interessen nicht so vertreten könne wie sie es wünschen; aber dennoch ist dieser Herr der Führer des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunders) in Brandenburg a. H. L. Herr Lehmannschuh ist uns ja zugeworfen worden, nun wohl, wir nehmen ihn auf, auch ohne indirekte Aufforderung des Gewerbevereinsleiters. Wir können noch Referenzen heranziehen und stehen jederzeit zu Diensten. Otto Zitzler.

Berne. Am 19. Juli fand im Saale der Witwe Bomm eine gut besuchte Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Spiegel-Düffeldorf über: „Die letzten Massenausperrungen und welche Lehre ziehen wir daraus?“ einen Vortrag hielt. Referent führte aus, daß das Unternehmertum sich bestreibe, die Arbeiterorganisationen zu sprengen und sich selbst immer fester zusammenzuschließen. Deshalb müßten auch die Arbeiter sich mehr organisieren, denn nur so können wir etwas erreichen. Der Referent erklärte der Versammlung, wie die Hiesigen Aussperrung entstanden ist und legte klar, daß daran die Unternehmer schuld seien. Diese wollten ihre Kraft zeigen. Und warum? Um zu beweisen, daß sie die „Herren im Hause“ sind. An der Diskussion beteiligte sich unter anderem auch Kollege Lange-Schaffe (Hirsch-Dunders). Derselbe gab im großen und ganzen dem Kollegen Spiegel recht und fügte noch an, daß die Unternehmer die „christlichen“ Gewerkschaften unterstützen und den freien Gewerkschaften immer größere Schwierigkeiten bereiten. Er wünschete, daß die beiden Organisationen sich immer mehr näherten, so daß ein gutes Zusammengehen ermöglicht werde. Sodann kam Kollege Lange auf die Engelmannsche Broschüre zu sprechen, deren Inhalt er, trotzdem sie von „christlicher“ Seite ausgegeben wurde, für Lug und Trug erklärte. Auf eine Anfrage des Redners erklärte Kollege Spiegel nochmals, daß der Mißerfolg der Hiesigen Aussperrung nur durch die „Christlichen“ verschuldet sei. Er gab aber auch zu, daß die Führer der Hiesigen-Dunderschen Richtung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätten. Außerdem appellierte der Referent an das Ehrgefühl der Nichtorganisierten und legte denselben den Nutzen der Organisationen warm ans Herz. Wenn alle organisiert wären, dann könnten wir auch etwas erreichen. Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die modernen Arbeiterorganisationen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hirschberg i. Schl. Am 20. Juli wurde hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten. Kollege Schlegel erläuterte Bericht über die Generalversammlung. Er führte den Kollegen den Gang der Verhandlungen klar vor Augen und ermahnte sie, der Beitragsrückzahlung wegen nicht wieder auszureiten. Der zweite Punkt betraf die Zustände in den Hirschberger Betrieben. Über die Firma Haine & Seifert ist wegen zu schlechter und ungleichmäßiger Preise schon zum zweiten Male die Sperre verhängt worden. Will man einen Preis erfahren, so wird man von einem Meister zum anderen geschickt, und dann weiß man zuletzt überhaupt nicht, was man bekommt. Herr Sauerbrei hat auch schon geäußert: Ich schmeiße die ganze Bande hinaus. Er hatte auch verprochen, in die Versammlung zu kommen, aber er glückte durch Abwesenheit. Von der Firma Starke & Hofmann waren vier Meister anwesend. Bei dieser Firma ist es vorgekommen, daß ein Meister einem Treher den Hut vom Kopfe geschlagen hat. Ausdrücke wie Lärm, Laune und dergleichen mehr sind hier keine Seltenheit, von den Preisen und Löhnen noch gar nicht zu sprechen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, Mann für Mann dem Verband beizutreten, um den Hirschberger Unternehmern einen Damm entgegenzusetzen. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, Hirschberg zu meiden.

Karlruhe. Da in letzter Zeit von auswärtigen Kollegen vielfach Auskunft über hiesige Fabriken verlangt wurde, so geben wir auch an dieser Stelle bekannt, daß sich in Karlruhe niemand verzeihen kann; die auswärtigen Kollegen tun am besten, wenn sie bleiben, wo sie sind. Was hiesige Firmen in auswärtigen Zeitungen, besonders in den sächsischen, lästige Arbeiter bei hohem Lohne zeigen, kann nur als der reinste „Wanernfang“ bezeichnet werden. Wenn diese Fabriken wirklich gute Löhne zahlen wollen, so bekommen sie hier Arbeiter gerade genug. Ganz besonders warnen wir vor der Werkzeugmaschinenfabrik Geschwind & Co. Ein organisierter Kollege hat sich bis jetzt in dieser Fabrik nicht halten können.

Lauter im Erzgebirge. In dem Sächsischen Emailier- und Stanzwerk wird, seitdem ein Herr Perzner dort als Betriebsleiter eingetreten ist, eine Lohnberechnung geübt, die als willkürlich zu bezeichnen ist. Solange die Arbeiter in der Lage sind, noch einen einigermaßen annehmbaren Lohn zu erzielen, werden die Preise reduziert, wehren sich die Arbeiter dagegen, so werden sie wegen „Aufwiegelei“ entlassen. Für sie werden dann Arbeiter aus Böhmen und von Koblentz herangezogen. Es kommt vor, daß den auswärtigen Eingewanderten ein Lohn von 3,50 Mk. gezahlt wird, während die Eingewanderten mit höchstens 2,55 Mk. und selten mit 3 Mk. abspießt werden, selbst wenn sie schon mehrere Jahre in der Fabrik tätig sind. Als die Grundbrenner am Schluß des vorigen Jahres mit der Affordarbeit bedacht wurden, zahlte ihnen die Firma 1,40 Mk. für 100 Kilo, dann gab es nur noch 1,20 Mk. Von März an wurde nur 1 Mk. gezahlt und es erhielten dann die Leute ihren Schichtlohn, wenn sie ihn im Afford nicht erreichten. Dieses ist jetzt auch fortgefallen. Als am letzten Lohntage eine Schicht nicht auf den Lohn gekommen war, wurden zwei Kollegen beauftragt, bei dem Direktor vorzulegen zu werden, da ihnen durch den Meister ihr Recht nicht wurde. Der Direktor unterhandelte auch ganz freundlich mit den Leuten, erklärte aber, daß nicht mehr als 1 Mk. für 100 Kilo gezahlt werden solle. Jeder ging darauf ruhig wieder an seine Arbeit, um zu versuchen, ob es nicht möglich sei, wieder an den niedrigen Preise noch etwas verdienen zu können. Zwei Tage darnach wurden die zwei Kollegen, die mit dem Direktor unterhandelt hatten, gemachregelt; sie hätten sich durch Aufwiegelei strafbar gemacht. So drückte sich der Direktor Köhler geistlos aus. Als die anderen Brenner dem Meister erklärten, daß sie, wenn die zwei Leute nicht weiter beschäftigt würden, auch aufhören wollten, sagte ihnen dieser, sie könnten alle machen, daß sie fortkämen, denn es gäbe jetzt Arbeiter genug. Darauf legten noch neun Mann die Arbeit nieder, sodas jetzt 11 Mann arbeitslos sind. Die Kollegen, speziell die in Stiermarkt und in Koblentz, werden ersucht, diese Bude zu meiden.

Magdeburg. Die Hirsch-Dunderschen hatten es bekanntlich nicht für nötig erachtet, in die von uns am 14. Juli einberufene Versammlung zu kommen. Dagegen arrangierten sie für den 25. Juli eine eigene Versammlung. In dieser sprach wieder Herr Traubert aus Berlin. In 2 1/2stündiger Rede brachte Herr Traubert ein sachliches Moment vor. Dagegen hagelte es in einem fort persönlichen Anwendungen Metallarbeiter begleitet. Daher konnte dem Vorsitzenden, der mit seinem Hausrecht drohte, als einmal die Entlassung sich auf machte über die Traubertsche Polemik, auch mit Recht zugerufen werden, er möge nur den Redner veranlassen, sich anständig auszudrücken, dann würden auch die Zuhörer sich ruhig verhalten. Auf jeden unbefangenen Zuhörer mußte die Art, wie Herr Traubert seine Rede führte abstoßend wirken. Wenn schon in öffentlichen

Versammlungen, wo die Verschiedenartigkeit in der Auffassung sehr leicht zum Austrag kommt, zwei Arbeiterorganisationen sich über die zur Besserung der Arbeiterlage einzuschlagende Wege verständigen wollen, dann darf man doch nicht fortgesetzt durch Verschlingung des einen Teiles die Einigung unmöglich machen. Das aber hat Herr Trabert getan, und wir behaupten, daß es aus Verechnung getan hat; wir werden später sehen, warum. Einen praktischen Erfolg können Versammlungen wie im Luisenpark und die im Gärtenhof stattgefundenen Metallarbeiterversammlungen haben; denn hier kann man sich in Rede und Gegenrede über die Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, verständigen und einem gemeinsamen Vorgehen die Wege ebnen. Erreicht man das, so ist eine solche Zusammenkunft von Nutzen. Dabei muß sich jeder Teil gefallen lassen, daß das Verhalten des anderen Teiles bei Lohnbewegungen nachgeprüft und weiter auch kritisiert wird. Das kann ohne jede persönliche Spitze geschehen, wenn man die Sache über die Person stellt. Jeder Gewerkschafter, der nur die beiden Versammlungen besucht hat, wird bei objektiver Würdigung der Vorgänge eingesehen, daß das Verhalten der Herren Trabert und Franke eine sachgemäße Erwägung von vornherein ausschloß und die Absicht zeigte, durch Hineintragen persönlicher Streitigkeiten die Verständigung zu vereiteln. Zu welchem Zwecke? Was soll ein organisierter Arbeiter davon denken, wenn der von ihm angeführte Beamte seine Polemik mit Beschimpfungen beginnt und unter fortgesetzten Entstellungen beendet? Hier eine kleine Aufzählung, die aber keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit machen kann von der Bedeutung des Herrn Trabert: „Gemeinheit, gemeinste Art und Weise, beschimpfen, gemeine Beschuldigung, Verführer des Volkes, schimpfen und raunieren können sie, solche Gemeinheit, sie haben die Weisheit mit Löffeln gegessen, ein dummer Hirsch-Dummkäseger muß ihnen den Star stechen, setze Sinekuren im Konsumverein, solche Mache, Verdächtigung, Verleumdung, gelogen, ihre Hauptaufgabe in der Verhöhnung erblickten, unlautere Mittel, derartige Tiraden, jesuitischer Wahlspruch, Brandes und Konferten, korumpierend, dumm, Lügen und Verdächtigungen, Hinterlist, mit duselei, gehässige Verleumdung, Lüge u. s. w.“ Dazu dann noch die — absichtlich oder unabsichtlich — falsche Darstellung der Vorgänge innerhalb der Gewerkschaften, zum Beispiel im Buchdruckerverband, von dem Trabert behauptete, er habe sich willig den Anforderungen des preussischen Ministeriums gefügt und mit seinen großen Unterstützungsfähigkeiten streue man den Arbeitern Sand in die Augen! Oder über die Beitragskassette im Metallarbeiter-Verband. Hier behauptete Trabert, die 150.000 Mitglieder ständen nur auf dem Papier, da die große Mehrheit so wenig Beiträge zahle, daß sie als Mitglieder gar nicht in Frage kommen könnten. Dagegen würde im Hirsch-Dummkäseger Gewerkschaften jeder ausgeschlossen, der mehr als vier Wochen restiere. Brandes konnte dem Herrn in aller Sachlichkeit nachweisen, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit — die beinahe vollständig auf dem Lande liegt — auf jedes Mitglied im Quartalsbeitrag (Mehrl.) kommen, und jeder Sachkennner muß wissen, daß somit der volle Beitrag von sämtlichen Mitgliedern entrichtet ist. Also die 150.000 sind voll zahlende Mitglieder! Wie verhält es sich aber mit der anderen Seite? Genosse Brandes war in der glücklichen Lage, mit Beweisen dienen zu können. Er legte den Herren ein Mitgliedsbuch eines Gewerkschaftsvereins vor, aus dem sich ergab, daß auch dort Beitragsreste von zwölf Wochen vorkommen. Dann hatte Trabert im Brustton der Überzeugung behauptet, „die Zielbewußten hätten in keinem einzigen Betrieb irgend etwas für die Arbeiter erreicht.“ Genosse Brandes konnte hier wieder aus allerletzter Zeit eine große Anzahl Betriebe anführen, wo der Metallarbeiter-Verband trotz der Krise erhebliche Verbesserungen errungen hat. Solche Beweisführung versuchten die Herren am Vorabend durch fortgesetzte Störungen zu verhindern. Herr Trabert schrie mehr als er sprach: „So kann das nicht weiter gehen.“ Ja freilich, wenn man in sachlicher Weise widerlegt wird, so muß man den Redner mundtot machen. Als Genosse Brandes dann nochmals auf einige Minuten sich Gehör verschaffte und sagte, seine Ausführungen richteten sich nicht gegen die Mitglieder der Gewerkschaften, sondern lediglich gegen die Art, wie ihre Führer den Kampf führen, wurde ihm von dem Tische, an welchem Herr Jellgiebel saß, zugerufen: „Kommen Sie doch zur Sache!“ Und als Brandes dann weiter darauf hinwies, daß die Versammlung nicht nur für Metallarbeiter, sondern für alle Gewerkschafter einberufen sei, da war es aus! Der Vorlesende schwang unaufhörlich die Glocke, Trabert redete ebenso unaufhörlich dahinschweifend und natürlich wurde das Auditorium unruhig. Dann erhob sich der überwachende Polizeibeamte — wir konnten uns denken, zu welchem Zwecke — und ein unglaubliches Hoch auf die Gewerkschaften schloß die Versammlung, auf deren Folgen wir die Herren Trabert und Franke oft aufmerksam machen werden. — Warum schimpfte Herr Trabert und warum unterbrach man fortgesetzt den Genossen Brandes, der auch nicht eine ungebührliche Bemerkung machte? Man hatte ihm ehrenwörtlich 30 Minuten Redezeit versprochen, und als Brandes 12 Minuten gesprochen, ließ man ihn nicht weiter reden. Wir müssen hier der Vermutung Raum geben, daß die Angst vor einer kommenden Lohnbewegung der Madeburger Metallarbeiter der Grund war, persönliche Verfeindungen anzuzetteln, um dadurch von vornherein ein Zusammengehen der beiden Organisationen unmöglich zu machen. Das Verhalten des Herrn Trabert und anderer Herren von der Leitung der Hirsch-Dummkäseger bei ähnlichen Vorkommnissen zwingt uns diese Vermutung auf. Man sieht einen Kampf in Magdeburg und heugt daher durch persönliche Invektiven einer späteren gemeinsamen Aktion der Madeburger Arbeiterschaft vor. Ist es denn diesen Arbeiterführern nicht angenehm, nun in Arm mit dem Unternehmer — wie Jellgiebel bei der Reichstagswahl — zu gehen? In der Theorie schimpft man auf die Unternehmer und führt den berühmten „Kampf um zwei Fronten“, und in der Praxis ebnet man durch solche Tiraden den Unternehmern die Wege! Damit mag man den Fabrikanten und vielleicht auch einigen Bediensteten gefallen, für die Arbeiter aber bedeutet eine solche Handlungsweise einen Verrat ihrer Interessen! Ist es da ein Wunder, wenn die Hirsch-Dummkäseger Gewerkschaft nicht vorwärts kommen? So viel gewunden Menschenverstand haben die Arbeiter denn doch noch, daß sie dieses falsche Spiel durchschauen und daraus die Konsequenzen ziehen.

Wilmshausen. Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Über die Beschlüsse der Generalversammlung jährte zunächst der Kollege Dräger an, daß man wohl mit den Verhandlungen der Generalversammlung zufrieden sei — hätte, jedoch seien einige Beschlüsse gefaßt, mit denen ein großer Teil der Kollegen nicht einverstanden sei. So sei unter anderem zu bedenken, daß die Einführung der Krankenunterstützung keine Annahme gemacht hätte. Wenn auch der Beitrag von 50 Pf. pro Woche bei vielen Kollegen in verschiedenen Teilen Deutschlands schwer empfindbar worden wäre, so sei doch nicht zu leugnen, daß die Leistungsfähigkeit des Verbandes für alle Mitglieder eine weit bessere gewesen wäre. Eine auf allen Gebieten leistungsfähige Organisation müsse auch eine gute Beitragsleistung gegenüberstellen. Des weiteren konnte sich Kollege mit der Annahme der Resolution über die Einführung von Lohnfortzahlungen sowie dem Gutheissen der Affordarbeit nicht einverstanden erklären. Kollege verspricht sich nicht viel durch die Einführung der Lohnfortzahlung. Auch habe das Affordsystem der Arbeiterschaft zur geschadet. Die von der Generalversammlung angenommene Resolution betreffend Mafseier sei nur gutzuheißen, eine andere Fassung sei nach den obstandenen Verhältnissen nicht möglich. Mit der Annahme des Kantons Frankfurt a. M. — Bodenheim, nach dem der Verband beauftragt ist, die Gründung von Verwaltungskassen innerhalb eines Gebietsgebietes zu verhindern und möglichst zu verhindern, dahin zu wirken, daß die am Orte befristeten Metallarbeiter der am Orte bestehenden Verwaltungskassen angehören müssen, kann sich Kollege nicht einverstanden erklären. Dieses möge wohl an Orten zutreffen, wo absolut keine Verwaltungskassen vorhanden sind, in dem die Verwaltungskasse nur von Metallarbeitern besteht, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten. Aber es gibt, wo das nur bei einem Teile der Mitglieder zutref-

folte man derartige Schritte nicht vornehmen. Kollege Wegner kann sich mit der Resolution betreffend Mafseier nicht einverstanden erklären, weil es den Verwaltungen unterlagt sei, Aussperrungen zu erfolgen der Mafseier mit Forderungen zu beantworten. Es sei bewiesen, daß einige Fabrikanten durch dieses Vorgehen sich die Finger verbrennen hätten, sie würden sich in Zukunft hüten, derartige Aussperrungen vorzunehmen. Des weiteren findet Kollege, daß den weiblichen Mitgliedern bei Einteilung der Unterstützungsfälle nicht genügend Rechnung getragen ist. Das Bestätigungsrecht bei Wahlen der Ortsverwaltungsbeamten seitens des Vorstandes müsse verschwinden. Die Mitglieder müßten kompetent sein, ihre Beamten selbst zu wählen. Kollege Radloff erhielt das Schlusswort. Des Redners Ausführungen zum Punkte Einführung der Krankenunterstützung decken sich mit der Ansicht Drägers; zu bedauern sei noch, daß, nachdem die Vorlage betreffs Unterstützung in Krankheitsfällen keine Annahme fand, die Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung abgelehnt worden sei. Bewiesen sei es, daß nur durch die Erweiterung des Unterstützungswesens unser Verband sich zu dem heutigen Mitgliederbestand entwickelt habe, die Generalversammlung habe die erforderliche Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. zum weiteren Ausbau des Unterstützungswesens abgelehnt, aber sicher sei anzunehmen, daß die späteren Generalversammlungen sich wieder mit dieser Frage beschäftigen würden. Des weiteren kann Kollege die Ansicht Drägers betreffend Tarifgemeinschaft und Affordarbeit nicht teilen. Kollege legt in kurzen Zügen den Wert der Tarifgemeinschaft klar, ebenso bespricht er das Affordwesen eingehend. Die Hauptsache sei doch, daß wir uns ein menschenwürdiges Dasein erringen, und da habe man sich wohl über übel den Verhältnissen anzupassen. Der Arbeiter würde auf verschiedenen Stellen bei Lohnarbeit mehr angetrieben als bei einer solchen in Afford; daß Mißstände im ganzen System vorhanden seien, liege auf der Hand. Durch starke Organisation würden wir im Stande sein, derartige Uebelstände zu beseitigen und uns einen Verhältnissen angepaßten Tagesverdienst zu sichern. Kollege ist ferner betreffend den Zusammenschluß der kleinen Organisationen in einem Industriebezirk anderer Ansicht als der Kollege Dräger. In längerer Ausführung weist er darauf hin, daß die Unternehmer, wenn auch heute und morgen noch nicht, jedoch mit der Zeit uns zu einem derartigen Schritte zwingen werden. Das Bestätigungsrecht, welches bei Wahlen von Verwaltungsbeamten dem Hauptvorstand zusteht, müsse man wohl oder übel anerkennen, der Verband könne durch Aufhebung dieses Rechtes unter Umständen Gefahr laufen. Ebenfalls könne man momentan zur Mafseier keine andere Stellung einnehmen wie geschehen sei. Auch sei es unmöglich gewesen, den weiblichen Mitgliedern eine höhere Unterstützung zu sichern. Wäre die Beitragserhöhung auf 50 Pf. angenommen, hätte man die Unterstützungszweige auch auf diesem Gebiet ausbauen können. Kollege hofft, daß die gesamten Beschlüsse der Generalversammlung zum Wohle der Metallarbeiter gereichen mögen. Nachdem noch fünf Mitglieder zum Gewerkschaftsamt als Komiteemitglieder ernannt worden sind und ein Festkommis zur Ausfahrt gewählt worden ist, geht der Bevollmächtigte noch auf die letzten Vorgänge am Orte und auf unsere gegnerische Presse ein. Er weist auf die gemeinen Lügen und Verdächtigungen, die seitens der Gemeindezeitung gegen die Arbeiterschaft erhoben worden sind, hin. Der Arbeiter innerhalb der Organisation müsse sich der Tragweite seiner Handlungsweise bewußt sein, wenn von ihm durch das Lesen jener Zeitung eine Gesellschaft noch länger unterstützt werde, die seine wichtigsten Interessen mit Füßen trete. Nur das Hamburger Echo sowie das Volksblatt vertreten in Wirklichkeit die Arbeiterinteressen. Es sei tief zu bedauern, daß noch viele organisierte Metallarbeiter diese Presse nicht lesen. Das Volksblatt sei das Arbeiterorgan im 17. hannoverschen Wahlkreis. Jeder, der das Blatt noch nicht lese, möge es schleunigst bestellen.

Hadelmayer.

Burghardsdorf. In Sachen des Hadelmayerstreiks bei Schuppel & Günther hat es den Anschein, als ob die Polizeibehörde zu Gunsten des Unternehmers eingreifen will, indem den Ausschüssen das Postensetzen, obwohl sie niemand beschäftigen, verleidet werden soll. Dem nicht nur sind einige der Streikenden bestraft worden, ob sie Posten gestanden hätten, sondern es ist ihnen von dem dortigen Schuttmann folgende Befehlsanweisung überbracht worden: „Bekanntmachung. Den zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf den öffentlichen Straßen ergangenen Aufforderungen der Aufsichtsbeamten ist zur Vermeidung der Bestrafung auf Grund von § 366 Ziffer 10 des Strafgesetzbuches unbedingt Folge zu leisten. Burghardsdorf, 31. Juli 1903. Der Gemeindevorstand Weinhold.“ — Der Abs. 10 in § 366 des Strafgesetzbuches lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 50 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen erlassenen Polizeiverordnungen übertreft.“ — Wenn die Burghardsdorfer Polizei den Posten den Aufenthalt auf den Straßen nicht gestatten will, so ist das ein direktes Eingreifen zu Gunsten der Firma Schuppel & Günther, wozu ihr das Recht nicht zusteht.

Schmiede.

Wannheim. Nachdem die Firma Lang, die von den streikenden Schmieden gestellte Forderung nicht bewilligte, stellten am 26. Juli auch die Schmiede in der Schweisgerdorfer Fabrik die Arbeit ein, da die Firma die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangte. Aus der in den letzten Tagen erfolgten Erhöhung des Affordlohns bei einzelnen schlecht bezahlten Artikeln in der Fabrik Schweisgerdorfer ist der Beweis erbracht, daß die Forderung der Schmiede, Festlegung eines Minimaltarifs, nur gerecht und billig ist. Denn 36 Mk. Lohn in zwölf Arbeitstagen und bei Affordarbeit sind für einen Feuer-Schmied nicht genügend, sondern sehr schlecht bezahlt. Man muß diese Leute gesehen haben, wie sie in ergreifender Weise ihre Lage schilderten und verzweifelt erklärten, nicht in Stand zu sein, bei härtester Arbeit die beständigen Lohnabzüge einen einigermaßen gemüßigten Unterhalt für ihre Familie zu verdienen. Männer, die seit zehn Jahren in der Fabrik arbeiten, verdienen von einem Lohn zum anderen weniger, trotz ewiger Arbeit, weil durch die stetigen systematischen Abzüge ein genügender Verdienst unmöglich gemacht wird. Es gibt nur noch Hungerlöhne bei Heinrich Lang, dessen Arbeiter Millionen dem Besitzer der Firma erarbeiten und den Ruhm der Firma in alle Länder der Erde getragen haben. In zwei Versammlungen haben die gesamten Arbeiter des Betriebs sich mit der Schmiedeangelegenheit beschäftigt und das Vorgehen der Fabrikleitung sowohl als auch das des Herrn Lang entschieden verurteilt. Die Forderungen der Schmiede wurden vollständig gutgeheißen und ihnen jede mögliche Unterstützung zugesichert.

Frankfurt.

Kürberg. In der am 22. Juli stattgefundenen Versammlung wurde der Streik für beendet erklärt. Wir eruchen jedoch die auswärtigen Kollegen, Kürberg nach wie vor zu meiden. Näherer Bericht folgt.

Rundschau.

Abgeblüht. Wegen Unterdrückung von Urkunden hatte sich gestern der zweite Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Karl Wiefenthal, vor der Ferienstrafkammer des Landgerichtes II zu verantworten. Die Angelegenheit hatte schon einmal im Juni das Gericht beschäftigt, war damals aber verlagert worden. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, im Dezember 1902 und März 1903 anlässlich des Streikes bei den Firmen Nachmann und Hartung mehrere organisierte Arbeiter, denen als Arbeitsnachweis des Metallindustriellen Verbandes Beschäftigung bei jenen beiden Firmen zugewiesen war,

die dazu vorausgabten Handscheine widerrechtlich abgenommen und dieselben vernichtet respektive unterdrückt zu haben. Strafantrag hatte der Metallindustriellen-Verband gestellt, der sich durch die Handlungen Wiefenthals besonders geschädigt fühlte und dem es gemüßigernfalls um eine prinzipielle Entscheidung in dieser Sache zu tun war. Eigenartig muß es nun berühren, daß die Staatsanwaltschaft anfänglich ein strafrechtliches Vorgehen gegen den Angeklagten für aussichtslos hielt, schließlich aber doch das Verfahren gegen ihn einleitete. Die gestrige Verhandlung ergab im wesentlichen dasselbe Resultat wie früher. Sämtliche als Zeugen vernommenen Arbeiter erklärten, daß sie wegen des Streikes unter keinen Umständen die ihnen nachgewiesene Arbeit angetreten haben würden. Als sie von den Streikposten darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß in jenen Betrieben gestreikt würde — was ihnen auf dem Arbeitsnachweis in der Gartenstraße wohlweislich verschwiegen worden war —, da haben sie sich auch um den Verbleib der Handscheine nicht sonderlich bemüht, die sie dem Angeklagten auf dessen Wunsch übergeben hatten. Der ebenfalls wieder als Zeuge anwesende Leiter jenes berühmten Arbeitsnachweises, der bekannte Hauptmann a. D. Kessel, suchte auch diesmal in längeren Ausführungen nachzuweisen, welchen bedeutenden Wert solcher Scheine in der Rheinmännerverband als auch für die Arbeiter habe. Er verließ sich sogar zu dem mindestens sehr auffälligen Behauptung, solch ein Schein diene den Arbeitern sogar als Ausweis des Polizeibehördens gegenüber. (Das läßt allerdings tief blicken, obwohl hinlänglich bekannt ist, daß der Wert des Scheines für die Rheinmänner hauptsächlich in der Kontrolle besteht, die sie dadurch auf die Arbeiter ausüben, um Leute, die sich etwa nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen wollen, monatlang von der Arbeitsvermittlung auszuschließen.)

Trotz des äußerst harmlosen Ergebnisses der Beweisaufnahme sah der Staatsanwalt die Merkmale der Urkundenunterdrückung als gegeben an und beantragte, weil der Angeklagte mala fides gehandelt habe, eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein als Vertreter Dr. Heimeanns, bestritt, daß die Scheine als Urkunden im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Doch selbst wenn solches der Fall wäre, dann hätten die Arbeiter ihre Rechte an der Urkunde an Wiefenthal abgetreten, als sie diesem die Scheine übergeben und nicht wieder zurückforderten. Ubrigens könne eine Urkunde nicht unterdrückt werden, wenn der Ausgeber einer solchen den gedanklichen Inhalt derselben jederzeit auf einem neuen Formular wiedergeben könne. Letzteres geschehe mit diesen Scheinen tagtäglich. Ferner sei es Tatsache, daß die Metallindustriellen sich für genöthigt überhaupt nicht um den Verbleib solcher „Aktunden“ kümmern, wenn die Arbeiter ihren Nachweis nicht wieder besuchen. Aus allen diesen Gründen beantrage er die Freisprechung. Der Angeklagte selbst betonte noch, daß er nur aus durchaus anständigen Motiven heraus gehandelt habe, um die Arbeiter vor einer Aussperrung von dem Arbeitsnachweis zu bewahren. Das Gericht unter Vorbehalt des Landgerichtes Beschluß schloß sich im wesentlichen den Debatten des Verteidigers an und fügte noch hinzu: Es sei Tatsache, daß die Metallindustriellen die Arbeitscheine als Machtmittel gebraucht, um eine PreSSION auf die Arbeiter auszuüben, damit diese bei Streiks arbeiten sollten. Der Angeklagte habe dies zu vereiteln gesucht, habe dabei aber keinerlei Abticht und auch nicht das Bewußtsein gehabt, einen rechtswidrigen Eingriff in fremdes Eigentum zu begehen. Es sei deshalb auf kostenlose Freisprechung erkannt worden.

Weshalb christliche Gewerkschaften gegründet werden.

Ist zwar bekannt, aber es wird doch selten so offen zugestanden, wie es dieser Tage die Essener Volkszeitung, ein Zentrumsblatt, tat. Das Blatt berichtet aus Herten: In der letzten Versammlung, die von den Vertrauensmännern der Zentrumspartei hier selbst in der vergangenen Woche abgehalten wurde, war beschlossen worden, in der hiesigen Gemeinde die christliche Gewerkschaftsbewegung zu fördern, um der Sozialdemokratie starken Widerstand entgegenzusetzen zu können. Es sind darum für die nächste Zeit wieder einige Versammlungen geplant, in denen die Herren Brust, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, und Arbeitersekretär Effert-Dierfeld einen Vortrag halten wollen. Mögen darum die christlichen Bürger alle diese Bewegung unterstützen und durch ein zahlreiches Erscheinen in der Versammlung die gute Sache fördern.

Damit ist konstatiert, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht von den Berufsgenossen ausgeht, sondern von der politischen Zentrumspartei. Ferner soll der Gewerkschaft nicht zur Hebung der Arbeiterlage „gefördert“ werden, sondern um der „Sozialdemokratie Widerstand entgegenzusetzen“. Da haben wir das wahre Programm der „christlichen“ Gewerkschaftsmache in seltener Unabweisbarkeit. Wohl ist die Arbeiterlage im Reichshausen Revier eine sehr miserable, Lohnkürzungen, Wagenmullen, Strafungen, alles das ist der Tagesordnung. Aber das geniert die Zentrumspartei durchaus nicht; der Gewerkschaft soll nur kommen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Über den Achtstundentag

gibt ein Arbeiter in einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt seine Erfahrungen zum besten: Der Betrieb, um den es sich handelt, ist eine Maschinenfabrik im Nordosten Berlins, die etwa 70 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. In dieser Fabrik galt bis 1897 die neun-einhalbstündige Arbeitszeit mit anderthalb Stunden Mittagspause und je einer halben Stunde Frühstücks- und Vesperpause. Einschließlich dieser Pausen währte die Arbeitszeit also zwölf Stunden, von 7 bis 7 Uhr. Zu bemerken ist, daß die Arbeiter fast durchweg im Afford arbeiten, nur die Werkführer und die bei der Warenexpedition beschäftigten Arbeiter sind gegen festen Lohn beschäftigt. Im Jahre 1897 führte der Fabrikant die achtstündige Arbeitszeit ein, und zwar mit der Begründung, daß ihm bei der bisherigen Arbeitszeit zu viel Zeit unnütz verträubelt werde. Die Arbeiter hielten sich schon vor Beginn der Pausen Getränke u. s. w. und dehnten die Pausen auch gern ein bisschen aus. Auch das häufige Zuspätkommen wollte der Fabrikant bei dieser Gelegenheit beseitigen; einerseits nahm er an, die Arbeiter würden bei der kürzeren Arbeitszeit und dem späteren Beginn der Arbeit von selbst pünktlicher sein, andererseits setzte er Strafen für das Zuspätkommen fest, was bis dahin nicht der Fall gewesen war. Die neue Arbeitszeit währte von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags mit einer Stunde Mittagspause. Die Aufnahme, die die neue Einrichtung bei den Arbeitern fand, war zunächst sehr verschieden. Mit Freuden begrüßt wurde sie nur von den Arbeiterinnen, von den jüngeren Mädchen wegen der vermehrten freien Zeit, von den verheirateten Frauen, weil sie mehr Zeit für die Besorgung des Hauswesens erübrigen konnten. Die älteren Arbeiter dagegen waren unzufrieden. Sie erklärten es für unmöglich, in der verkürzten Zeit dasselbe zu leisten wie bisher, das neue System würde zu einer nervenschwächenden Überanstrengung führen. Von dem Fortfall der Frühstücks- und Vesperpausen befürchteten sie gesundheitsschädliche Folgen. Der Fabrikant hatte es den Arbeitern freigestellt während der Arbeitszeit ohne besondere Pause zu essen. Sie erklärten jedoch, bei der kurzen Arbeitszeit dazu keine Zeit zu haben und vor 8 Uhr zu frühstücken und nach 5 Uhr zu vespern wären sie nicht gewöhnt, und das könnte ihnen deshalb schädlich sein. Ein verheirateter Arbeiter erklärte, er wüßte nicht, was er mit der freien Zeit anfangen solle, und würde nur mehr Geld verfrachten als bisher. Am meisten von der neuen Arbeitszeit zu fürchten hatten einige Kolonnenführer. In der Fabrik bestand nämlich für einen Teil der Arbeiter das Kolonnenwesen, bei dem ein Vorarbeiter die Arbeiter im Afford übernimmt, während die ihm unterstellten Arbeiter festem Lohn erhalten, der von dem Affordverdienst des Vorarbeiters entrichtet wird. Indessen wurde ohne Rücksicht auf diese Bedenken der Achtstundentag eingeführt. Er befiel auch heute noch und zwar zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Ein Rückgang des Verdienstes ist durchaus nicht zu konstatieren. Einem Teile der Arbeiter, die ein Stückchen Land mit Laube gepachtet haben, ist die vermehrte freie Zeit namentlich im Sommer sehr angenehm. Eine Rückkehr zur früheren Arbeitszeit wünscht jetzt niemand mehr. Der Arbeiter selber hat den Vorteil des verminderten Verbrauches von Holz sowie in den Wintermonaten den der Expansions an Beleuchtung...

Das Programm der Scharfmacher.

Die Arbeiterzeitung, das Organ der Scharfmacher, hat ein eigenes, großes Mittel zur Rettung der bedrohten kapitalistischen Ordnung entdeckt, das man den Generalfreier der Unternehmer nennen könnte. Aussperrung, Generalauspeerrung der Arbeiter, das ist ihrer Weisheit A und O. Das Blatt schreibt: „So will es uns denn scheinen, als ob einzig und allein dadurch ein Ausweg aus dem Dilemma geboten wird, in das Staat und Gesellschaft durch das rasche Aufschwimmen der Umsturzbewegung geraten sind, daß das deutsche Unternehmertum die ihm bislang zur Verfügung stehenden Mittel, wie zum Beispiel die Begründung von Kampfbündnissen zum Zwecke allgemeiner Ausperrungen, mit der größtmöglichen Rücksichtslosigkeit zur Anwendung bringt, um auf diese Weise den durch die demagogischen Umtriebe der sozialdemokratischen Führer betörten Arbeitern begreiflich zu machen, daß durch ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ihren eigenen Interessen recht wenig gedient ist.“

Eine Generalauspeerrung zu politischen Zwecken! Ob die Scharfmacher wirklich glauben, sie könnten durch das Verhängen der Hungerstrafe politische Bestimmungen brechen oder gar wandeln? Daß bei solchen Generalausperrungen die Bänne der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, das haben übrigens die letzten Unternehmungen dieser Art, die zu Birmasens, Herlohn u. s. w. gezeigt. Nirgends sind die Arbeiter zur bebingungslosen Ergebung gezwungen worden, nirgends ist die Arbeiterorganisation zertrümmert worden. Aber die kapitalistischen Fabrikanten müssen jetzt die Beche bezahlen. Das ist der ganze Erfolg für die — großen Scharfmacher.

Eine große Ehre

Soll den katholischen Arbeitern zu teil werden, wie aus dem Aufruf ersichtlich ist, der zum Besuch des Kölner Katholikentags erlassen worden ist. Es heißt darin:

„Mitglieder der katholischen Arbeitervereine! Gilt herbei zur alten Metropole Rheinlands, nach Köln! Imposanter denn je wird sich diese Jubelgeneralversammlung gestalten. In den Tagen derselben werden von allen Seiten, aus allen Ständen die Katholiken Deutschlands herbeieilen. Da ist euch die Ehre zu teil geworden, diese mächtige Kundgebung, auf welche Freunde und Gegner schauen, zu eröffnen. Dieses Vertrauen wollen wir rechtfertigen durch eine möglichst starke Beteiligung der Vereine an dem Arbeiterfestzug sowie an den sich daran anschließenden großen Arbeiterversammlungen, auf welchen Arbeiter, die in der katholischen Arbeiterbewegung hervorragend tätig sind, sprechen werden.“

Durch nichts könnte schlagender bewiesen werden als durch diesen Aufruf, daß die Arbeiter in der Zentrumspartei nur als Statisten betrachtet werden.

In der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses

hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres der Verbleib etwas gehoben. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1902 nur 26 991 Übernachtungen stattfanden, sind diesmal 30 139 zu verzeichnen. Trotzdem sind noch eine ganze Anzahl Betten frei geblieben und zwar 5337 gegen 8485 im selben Zeitraum des vorigen Jahres. Auf die einzelnen Bettklassen verteilen sich die besetzten und leergebliebenen Betten folgendermaßen: 1. Betten à 40 Pf. (11 Betten im Schlafsaal), besetzt 16 435, leer geblieben 217; 2. Betten à 50 Pf. (6 im Zimmer), besetzt 6056, leer geblieben 3718; 3. Betten à 60 Pf. (4 im Zimmer), besetzt 4138, leer geblieben 206; 4. Betten à 75 Pf. (2 in Zimmern mit besserer Ausstattung), besetzt 2086, leer geblieben 996; 5. Zimmern mit Bett und Schajelouque à 1,50 Mk., besetzt 524, leer geblieben 200. Die Gesamtzahl der Übernachtungen in den einzelnen Monaten betrug: Januar 4596, Februar 4516, März 5640, April 5186, Mai 5006, Juni 5246. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß sich die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses dadurch auszeichnet, daß jeder Zugereiste, auch bei den billigsten Betten, reine Bettwäsche erhält. Aus diesem Grunde kann auch das Gewerkschaftshaus nicht dieselben billigen Preise stellen wie einzelne andere Herbergen, in denen man möglicherweise nur 25 Pf. für ein Übernachten zu zahlen hat, dafür aber auch in Bettwäsche hinein muß, die vielleicht schon von zwanzig oder dreißig anderen Personen benutzt wurde. Auch die übrigen Einrichtungen der Herberge des Gewerkschaftshauses: hohe luftige Schlafräume mit Zentralheizung und elektrischem Licht, Badeanstalt (Brausebad nebst Seife und Handtuch für 5 Pf.), Kesselal mit zahlreichen Zeitungen und Büchern, unentgeltliche Desinfektion u. s. w. erzeugen Kosten, die anderen Herbergen unbekannt sind. Dazu werden die anderswo üblichen Gebühren für Gepäckbewahrung und Benutzung der Stiefelwischgelegenheit nicht erhoben. Man sollte daher annehmen, daß vor allem die in Berlin zureisenden Gewerkschaftsmitglieder nur im Gewerkschaftshause übernachten und nicht, wie es aus über angebrachten Sparfamkeitgründen vielfach geschieht, in der christlichen Herberge zur Heimat, der nur allzu bekannten „Oranienbude“. Auch möchten wir betonen, daß die Zimmer mit zwei Betten à 75 Pf. und die Einzelzimmer à 1,50 Mk. für solche Reisende geeignet sind, die als Delegierte, Touristen u. s. nach Berlin kommen. Von sämtlichen Fernabgehenden kann man mit der Straßenbahn für 10 Pf. in die unmittelbare Nähe des Gewerkschaftshauses gelangen.

Vom Ausland.

Osterreich.

Heuchelei und Hinterhältigkeit ist das charakteristische Merkmal der Regierungskunst der österreichischen Staatsmänner. Wie sehr ihre Rednergabe mit ihrem bewußt arbeitserfindlichen Handeln im Widerspruch stehen, erweist ein Vorfall, der sich vor kurzer Zeit im Industrierat abspielte. Die Maschinenisten und Kesselwärter hatten an den Arbeitsbeiträge eine Eingabe gerichtet, in der sie die Aufgabe eines Gutachtens über die Notwendigkeit der Verkürzung ihrer Arbeitszeit verlangten. Der Arbeitsrat befaßte sich mit dieser Angelegenheit wiederholt und setzte schließlich zu ihrer Prüfung einen Ausschuss ein. Der Berichterstatter dieses Ausschusses legte einen ausführlichen Bericht vor, in dem er den Beweis erbrachte, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Maschinenisten und Kesselwärter nicht nur möglich, sondern auch unabweislich notwendig geworden sei. Er entnahm den Berichten der Gewerbeinspektoren seine beweiskräftigen Argumente und schilberte auf Grund der Angaben dieser Berichte die unerträgliche Lage dieser Arbeiterschaft. Der Arbeitsrat beschloß darauf, die Änderung des entsprechenden Paragraphen der Gewerbeordnung nach folgendem Grundsatze zu empfehlen: 1. Bei kontinuierlich betriebenen Kesseln und Maschinen ist die Arbeitszeit der Kessel- und Maschinenwärter betragt zu regeln, daß eine achtstündige Dreifachschicht einzutreten habe, die betreffenden Arbeiter jedoch noch weitere drei Stunden zu anderen Arbeiten verwendet werden können. Der Schichtwechsel hat in der Regel durch Einlegung von zwölfstündigen Schichten zu erfolgen, kann jedoch mit behördlicher Bewilligung auch durch Schichten zu je sechzehn Stunden bewerkstelligt werden.

2. In nicht kontinuierlichen Betrieben hat die gesamte Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorie — die Vor- und Nacharbeit eingerechnet — höchstens anderthalb Stunden länger als diejenige der übrigen Arbeiter zu dauern.

3. Alle Nebenarbeiten der Kessel- und Maschinenwärter, die mit der Kessel- und Maschinenwartung selbst in keinem unmittelbaren oder lokalen Zusammenhang stehen, sind während des Arbeitsdienstes unbedingt zu unterlagen.

4. Die an Sonntagen zu verrichtenden Reinigungs- und Reparaturarbeiten sind besonders zu entlohnen.

Man kann nicht sagen, daß dies himelstürmende Entschlüsse sind. Die Gruppe der Unternehmer remonstrierte aber doch während der Beratung gegen den Antrag, der schließlich gegen ihre Stimmen zum Beschluß erhoben worden war. Nachdem einige Verbesserungsansätze der Arbeitervertreter abgelehnt worden waren. Die Gewerkschafter setzten darauf alle Hebel in Bewegung, dieses Gutachten

zu Fall zu bringen. Sie besorgten dies mit Zustimmung des Handelsministers im Industrierat. Wehrten sich doch die Regierungsvorpar 16 bis 18 Stunden betragen dürfe. Es wird sich nun zeigen, ob der Arbeitsrat diesen frechen Eingriff in seine Kompetenz sich gefallen lassen wird.

Die Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallarbeiter und dem böhmischen Landesverein der Metallarbeiter wegen Verschmelzung dieser zwei Organisationen werden wahrscheinlich zum Ziele führen. In der letzten Zeit fand in Prag eine Konferenz statt, an der der Vorstand des böhmischen Metallarbeitervereins und drei Vertreter des Verbandesvorstandes teilnahmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die vollständige Übereinstimmung beider Parteien, und es wurde beschlossen, daß der Vorstand seinen Mitgliedern und Zweigvereinen die Vorannahme der Verschmelzung anempfehle. Es wird darüber eine Urabstimmung vorgenommen werden.

Das fast einstimmige Grenzende Votum des österreichischen Gewerkschaftskongresses in der Konflikts-Gießerei sehr unangenehm. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission Deutschlands brachte einen objektiven Bericht über den Verlauf dieses Kongresses. Das Organ des ausgeschlossenen Reichsvereins, der Gießer, bringt nun in seiner letzten Nummer einen Aufsatz, der darauf berechnet ist, den Bericht im Korrespondenzblatt zu entkräften. Wir erwähnen diese Sache nur deshalb, um auszuführen zu können, daß der Bericht im Korrespondenzblatt den Tatsachen entspricht.

Der Verband der Buchdrucker- und Schriftgießereivereine Österreichs hat seinen Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Vereinsjahr ausgegeben. Der Verband besteht aus 15 Vereinen mit 284 Druckern und 10412 Mitgliedern. Da 11469 Berufsangehörige gezählt wurden, so gehören davon 90,76 Prozent der Organisation an. Arbeitslos waren 4116 Mitglidertreue Offizinen. Die Sechsmaschinen vermehrten sich im Berichtsjahr von 123 auf 168. Arbeitsstellen und Konflikte gab es 22, 15 Verbandsvereine betragen 94111 Kronen, für Unterstüzungen wurden 685,298 Kronen ausgegeben. Das Vermögen beträgt 1,6 Millionen Kronen.

Schweden.

Der Verband des schwedischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes, des Gießerverbandes, des Holzarbeiterverbandes, des Grob- und Fabrikarbeiterverbandes sowie der Vorstand der Landesorganisation der Gewerkschaften hatten gemeinsam dem Hauptvorstand der Werkstatvereinigungen einen Vorschlag zur Herbeiführung einer Lösung der der Auspeerrung zu Grunde liegenden Streitigkeiten übermitteln, der darauf hinausging, daß eine gemeinsame Konferenz zwischen den Vertretern der Werkstatvereinigungen und der bei der Auspeerrung in Betracht kommenden Gewerkschaften abgehalten werde und daß Streitpunkte, die dort nicht erledigt werden, in letzter Instanz einem Schiedsgericht überwiesen werden, über dessen Zusammenfassung die Parteien zu bestimmen hätten. Dieser Vorschlag wurde angenommen und es fanden darauf am 27. Juli Einigungsverhandlungen statt, die den Erfolg hatten, daß die Auspeerrung aufgehoben und am 3. August die Arbeit in allen von der Auspeerrung betroffenen Werkstätten wieder aufgenommen wurde. Das Verhandlungskomitee hat Beschlüsse gefaßt, die gebühren der schwedischen Eisen- und Metallindustrie auf die Dauer zu sichern. Der Lohnkonflikt in Poitans mechanischer Werkstätte, soll durch ein Schiedsgericht erledigt werden, das aus fünf Personen bestehen soll, wovon zwei von den Mitgliedern der Werkstatvereinigungen, zwei von den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen in Stockholm gewählt werden sollen. Diese vier wählen einen Vorsitzenden und im Falle hierbei Stimmengleichheit eintritt, entscheidet das Verhandlungskomitee über dessen Wahl. Dieses Schiedsgericht soll spätestens bis zum 12. August seinen Schiedsspruch, der für beide Parteien bindend ist, fällen. Die Löhne, die das Schiedsgericht für die in Betracht kommenden Gießer festsetzt, sollen bereits zum Tage der Aufhebung der Auspeerrung an gelten. Zur Lösung des Lohnkonfliktes in Rodoms mechanischer Werkstätte in Malmö soll ein Verhandlungskomitee eingesetzt werden, das aus je drei Vertretern der beiden Parteien und je einem Vertreter der Werkstatvereinigungen und des Eisen- und Metallarbeiterverbandes gebildet wird und seinen unparteiischen Vorsitzenden selbst wählt. Die Streitfragen sollen bis zum 22. August entschieden sein und wenn das nicht gelingt, soll der Konflikt wiederum dem Verhandlungskomitee in Stockholm überwiesen werden. Auch für die übrigen Konflikte bei den der Werkstatvereinigungen angehörenden Unternehmen wurden in gleicher Weise gebildete besondere Verhandlungskomitees eingesetzt und ebenso der 22. August als der letzte Termin für die Lösung der Streitfragen bestimmt. Es kommen hierbei in Betracht: Lohnforderungen der Gießer in Östeborg und Umgegend und der Holzarbeiter in Södertelje-Werkstätten in Landskrona Gießereiarbeitergesellschaft und in Landskrona neuer mechanischer Werkstatistien-gesellschaft.

Weder von Unternehmer- noch von Arbeiterseite dürfen anläßlich der Konflikte Repräsentanten irgend welcher Art in Anwendung gebracht werden. Die Beilegung von in Zukunft entstehenden Differenzen und die Vorbeugung von Streiks und Ausperrungen betreffend wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Das Verhandlungskomitee spricht sich einstimmig dahin aus, daß es wünschenswert ist, daß so bald wie möglich ein detailliertes Übereinkommen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter zu stande kommt, darauf hinausgehend, daß auftretende Streitfragen so weit wie irgend möglich auf friedlichem Wege durch Verhandlung, Vermittlung oder Schiedsspruch gelöst werden. Zur Ausarbeitung von Gutachten und Vorschlägen diese Angelegenheit betreffend soll vom Verhandlungskomitee ein besonderes Komitee von fünf Personen eingesetzt werden.“

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 29).

Dresden. Am Samstag den 12. Juli wurde hier im kleinen Saale des Volkshauses eine Zentralratung der 30 Filialen von Dresden und Umgegend abgehalten, die von 120 Ortsbeamten besucht war. Die Tagesordnung war: 1. Die Beitrittsbedingungen nach den Zirkularen vom Juli 1902 und die von der Zentralratung gestellten Abänderungsanträge; 2. die Maßnahmen des Vorstandes gegen neu eingetretene Mitglieder; 3. das Streit- und Beschwerdebuch nach § 22 des Statuts. — Im Auftrag des Vorstandes nahm nach einem von der letzten Zentralratung gehaltenen Antrag der Vorsitzende der Kasse, Karl Weisinger aus Hamburg, an der Sitzung teil. Im Namen der Versammlung begrüßte der Vorsitzende der Zentralratung den Genossen Weisinger, der dem Namen nach wohl allen bekannt, persönlich aber wohl nur den älteren Ortsbeamten noch in Erinnerung ist aus der Mitte der achtziger Jahre, wo sich zwischen den Behörden und der hiesigen Ortskrankenkasse und den gesamten freien Hilfskassen Kämpfe abspielten von jahrelanger Dauer, die nicht nur Dresden in Atem hielten, sondern in ganz Deutschland mit Interesse verfolgt wurden. Weisinger stand im geistigen Mittelpunkt dieser Bewegung und die vielen Versammlungen, die damals in den größten Sälen abgehalten wurden und in denen Weisinger referierte, waren von allen Schichten der Bevölkerung überaus stark besucht. — Die heutige Anwesenheit des Vorsitzenden resultierte aus wenig erfreulicher Ursache. Verstimmung und Gegenstände, wie sie sich durch rigorose Maßnahmen des Vorstandes seit Jahren herausgebildet haben, sind es, die eine Aussprache notwendig machen, um Mittel und Wege zu finden, dieses System zu ändern. Holz schildert nun in großen Zügen die Entwicklung der Kasse vor und nach Inkrafttreten des Gesetzes. Durch den Masseneintritt in den Jahren 1884 und 1885 hatte die Kasse eine

schwere Krise zu überwinden, denn die neueingetretenen Mitglieder waren ohne erhebliche Gegenleistung in kurzer Zeit unterstützungsberechtigt. Hierzu kam eine über ganz Deutschland verbreitete Inflationsepidemie, wiederholte wirtschaftliche Depressionen und Krankheitserscheinungen, die sich über gewisse Landstriche erstreckten, die ungeheure Anforderungen an die Kasse verursachten. Infolgedessen die gesetzlichen Rücklagen für den Reservefonds machten an Viele Jahre vergingen, ehe diese Summe und Drangperiode überwunden war. Unerfunden mußte man, daß der Vorstand der Kasse die Aufgabe, die Kasse um diese gefährlichen Klippen herumzuführen, immer gewachsen war. Mit freudiger Genugung werden heute alle die älteren Verwaltungsgestellten, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand dazu beigetragen haben, die Kasse hochzuhalten, auf die Vergangenheit zurückblicken. Aus den gemachten Erfahrungen mußten Lehren gezogen werden, um diese für die Zukunft praktisch zu verwerten. Alle späteren Maßnahmen auf den Generalversammlungen, die auf eine Befähigung der Kasse hinausgingen, sind auch in Rücksicht auf die Größe der Kasse mit Vorsicht getroffen worden. Dadurch, daß die Kasse im Jahre 1892 in Weimar in eine Zuschußkasse umgewandelt wurde, gewannen wir mehr Bewegungsfreiheit, uns vor ungerechter Ausbeutung zu schützen. Diese Umgestaltung der Kasse hat auch die damaligen zahlreichen Gegner überzeugt, daß es nur von Vorteil war, rechtzeitig darauf zu verzichten, dem § 75 zu genügen. Der Vorstand hat diese Situation bei der folgenden Generalversammlung im Jahre 1894 zu Neuchâtel ausgenutzt und einen Antrag zu § 10 Absatz 6 gestellt, dessen Tragweite nur von wenigen Delegierten richtig eingeschätzt wurde. Dieser scheinbar harmlose Zusatz: „Wenn nicht durch den Vertrauensarzt bezeugt wird, daß es sich tatsächlich um eine Fortsetzung der früheren Krankheit handelt“, hatte für die Mitglieder ungeheure Folgen. Nach dieser Bestimmung wurden alle Krankheiten, die nur einigermaßen miteinander in Zusammenhang stehen, von Bestehen der Kasse oder der Mitgliedschaft an zusammen gerechnet für eine 52wöchentliche Unterstützungsdauer. Redner schilderte nun die widerwärtigen Folgen und die Willkür, die dadurch entstand. Viele Jahre haben die Ortsbeamten dagegen angeknüpft, bis endlich im Jahre 1898 in Weimar durch eine Resolution eine Grenze geschaffen wurde, daß nur solche Krankheiten eine Fortsetzung bilden, die innerhalb zwei Jahren wiederkehren. Die Weimarer Generalversammlung war auch deshalb eine denkwürdige, als der Reservefonds erheblich überschritten war und aus diesem Grunde entweder die Beiträge herabgesetzt oder die Unterstützung erhöht werden sollte. Die Generalversammlung entschied sich gegen wenige Stimmen für letzteres. Bald darauf trat die wirtschaftliche Krise ein. Die Befähigung der Kasse war nunmehr eine doppelte; ganz besonders die neu eingetretenen Mitglieder nahmen die Kasse in außerordentlich Weise in Anspruch. Auf der Kölner Generalversammlung wurde daher der Wunsch ausgesprochen, mit der Aufnahme neuer Mitglieder recht vorsichtig zu verfahren, und auch dem Hauptvorstand wurde eine entsprechende Richtschnur gegeben. Daraus hat der Vorstand Schlüsse gezogen, wie wir sie mit ihren ganzen Nachteilen später kennen gelernt haben. Es kam eine Zeit der Durst, mußte niemand, sicher war nur: wer jemals krank war, konnte nicht eintreten. Redner schildert nunmehr das Erfindungssystem, das Ausschlußverfahren und alle die zahllosen Plackereien, die uns nach außen hin so geschädigt haben. Der Protest durch die Delegierten auf der Generalversammlung in München im Jahre 1902 war ein einmütiger. Selbst der Vorstand gab seine Methode preis. Die letzte Generalversammlung war eine der unfruchtbarsten, die jemals stattgefunden haben. Protestieren und Reklamiere war der Anfang und das Ende. Daran trugen nicht die Delegierten, sondern der Vorstand die Schuld. Daß die Delegierten ihrem Herzen Luft machen wollten, konnte man ihnen nach den überflüssigen Widerwärtigkeiten nicht verdenken. Praktische Arbeit aber ist nicht geleistet worden. Als es dann jomewei war, daß die Statutenberatungskommission ihre wichtigste Aufgabe lösen sollte, eine Instruktion für den Vorstand auszuarbeiten, war die Generalversammlung der Zwangslage stellte der Referent den Antrag, diese Aufgabe dem Vorstand, dem Schiedsgericht und dem Ausschuss zu übertragen, diese drei Körperschaften sollten gemeinschaftlich eine solche Instruktion ausarbeiten. Man war nun sicher berechtigt, anzunehmen, daß die scharfe Kritik, die an der bisherigen Tätigkeit des Vorstandes geübt wurde, bei Festlegung der Instruktion als Lehre dienen würde. Das mußte umso mehr angenommen werden, als drei Mitglieder vom Vorstand, zwei vom Schiedsgericht und ein Mitglied des Ausschusses an der Verhandlung teilgenommen hatten. Was ist nun aber in Wirklichkeit eingetreten? Das frühere Willkürsystem ist von diesen Körperschaften auf eine scheinbar gesetzliche Basis gestellt worden. Mit wenig Änderungen, die aber von der Generalversammlung direkt beschlossen worden sind, ist alles beim alten geblieben. Das hätte man nach Lage der Sache nicht für möglich gehalten. Das Produkt der Beratung vom Vorstand, Schiedsgericht und Ausschuss ist das Regulatorium vom Juli 1902 über Beitritt, Ausschluß, Erfindung und Übergangsbestimmung. Obwohl in dem Regulatorium alle Krankheiten aufgezählt sind, um mit wenig Ausnahmen den Beitritt unmöglich zu machen, geht der Vorstand noch darüber hinaus. Während nach § 4 Absatz 2 des Statuts drei Jahre zurückgerechnet alle Krankheiten vor dem Beitritt anzugeben sind, steht auf dem Revers des Beitrittscheins, daß alle, also auch über diese Zeit hinaus überlappenden Krankheiten angegeben sind. Die Behandlung sei eine rein schematische und ungerechte, außerdem verfehle sie ihren Zweck. Die ärztliche Untersuchung sei dabei ganz nebenächlich. Die in der letzten Versammlung gestellten Abänderungsanträge habe der Vorstand abgelehnt. Trotz aller rigorosen Maßnahmen habe doch das System des Vorstandes Glatte gemacht. Denn wir kommen aus der Defizitwirtschaft auch durch die Extrabeiträge nicht heraus. Es sei deshalb reichlich zu erwägen, ob nicht unser inneres Verwaltungswesen revidiert werden muß. In großen Industriebetrieben müsse dahin gestrebt werden, die vielen Filialen aufzuheben und große Zahlstellen zu gründen und hier einen verantwortlichen Kassenbeamten anzustellen. Auch unser Verhältnis zum Vertrauensarzt müsse geändert werden. Wir müssen den Arzt von der Kasse abhängig machen und die ärztliche Untersuchung bei Ausnahmen besser honorieren. Wenn, wie hier in Dresden Vertrauensarzt hat, so ist die Einnahme für den Arzt eine so geringe, daß er an der Kasse kein Interesse hat. Hier und anderwärts müsse dahin gestrebt werden, so viel als möglich, selbst auf die Gefahr hin, daß Unbequemlichkeiten in Kauf genommen werden müssen, einen Vertrauensarzt zu benützen und für diesen eine Instruktion zu schaffen. Der Erwägung wert sei noch, ob nicht für die Zukunft bei Einteilung der Rechte und Pflichten eine ausgleichende Gerechtigkeit geübt werden könne. Unsere Kasse beruhe auf der Basis der Gegenseitigkeit und Solidarität. Jeder Filiale könne es passieren, eine Filiale mit Unterbilanz arbeiten zu müssen. Dafür muß die Gesamtheit eintreten. Wenn aber gewisse Filialen unausgeglaste Zuschüsse erfordern, während in unmittelbarer Nähe andere Filialen im Gegenteil mit erheblichem Überschuss verwalltet werden, dann müsse doch im ersteren Falle der Grund in dem geringen Verantwortungsgesühl und des Ungehörigens der Verwaltung gesucht werden. Hieran Kritik zu üben, sei freilich richtig, aber es ist doch notwendig, Mittel und Wege ausfindig zu machen, damit nicht die einen immer auf Kosten der anderen die Früchte der Solidarität genießen. Bei all den Widerwärtigkeiten, gegen die wir nun seit Jahren vergeblich ankämpfen, finden wir uns aber doch wieder zusammen in dem Bestreben, dem Wohle der Kasse zu dienen. In diesem Sinne möge es uns gelingen, eine halbjährige Besserung herbeizuführen.

Nunmehr ergriß Weisinger das Wort, um in längeren Ausführungen auf alle Punkte, die der Vorredner berührt hatte, näher einzugehen, dabei den Standpunkt des Vorstandes verteidigend und die Gründe für dessen Haltung angehend. Redner wendet sich sodann zu dem Regulatorium, das der Vorstand, das Schiedsgericht und der Ausschuss entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung ausgearbeitet hatten. Der Vorstand habe zunächst beschlossen, daß sämtliche drei Körperschaften, jede für sich, eine Vorlage ausarbeiten

